



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Deutsches Reich / Auswärtiges Amt

Berlin, 1924

VII. Wilsons zweite Note und ihre Beantwortung

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

VII

Wilson's zweite Note
und ihre Beantwortung

Wilsons zweite Note

Angekommen: 16. Oktober, 5 Uhr 20 Min. vorm.

Staatsdepartement, 14. Oktober

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen.

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. Oktober und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken durchzuführen, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Bewohner, beraubt. Es kann nicht er-

wartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, daß sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen hinblicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: „Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht.“ Und die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge hat. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die K. und K. Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden. Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

gez. Robert Lansing

Nr. 49

**Der Kaiserliche Gesandte im Haag Freiherr von Maltzan
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr 20 nachm. — Angekommen: 7 Uhr 25 nachm.

Haag, den 15. Oktober 1918

Sir Francis Oppenheimer in Hoek, der auf Abfahrt nach England, aus Furcht, torpediert zu werden, wartet, erklärte in engem Kreise folgendes:

Lloyd George wünsche noch zwei Monate Krieg, weil dann Deutschland derartig besiegt sei, daß es einfach annehmen müsse, was man ihm auferlege. Er will daher solche Bedingungen stellen, die Deutschland nicht annehmen könne; es sind die in den Sonntagmorgenblättern aufgeführten: Besetzung von Metz sowie der Rheinbrückenköpfe, Abrüstung der Flotte, Uebergabe der Unterseeboote usw. Er erwarte in Deutschland nach Ablehnung eine *levée en masse* und Kampf bis aufs Messer. Doch werde dieser Endkampf nur 14 Tage währen, worauf der Zusammenbruch erfolge. Als Abschaffung Autokratie verstehe man in England die Abdankung des Kaisers.

gez. Maltzan

**Der Chef des Generalstabes des Feldheeres
Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler
Prinzen Max von Baden**

Telegramm

Angekommen: 4 Uhr nachm.

14. Oktober 1918

Eurer Großherzoglichen Hoheit meine ernste Sorge auszusprechen, daß die gegenwärtige Stimmung im Innern des Reiches unsere militärische Lage und unsere Aussichten bei Verhandlungen immer ungünstiger gestaltet, halte ich mich für verpflichtet.

Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Anforderungen. Feind und neutrales Ausland beginnen, in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudigst alles setzt an seine Ehre.

Demgegenüber gilt es, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig wird und deutlich erkennbar in die Erscheinung tritt. An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Uebermacht zu trotzen; nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch.

Ich halte es deshalb für dringend geboten, daß mehr als bisher in der gesamten Presse, in den Versammlungen aller Parteien, aller Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften, in den Kirchen, Schulen, Theatern und Lichtspielen jedem Deutschen die furchtbaren Folgen eines Friedens um jeden Preis klar und deutlich vor Augen geführt werden. In öffentlichen Kundgebungen aller Art muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: Ehrevoller Friede oder Kampf bis zum äußersten.

Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte, das Bewußtsein allezeit bewährter Bundestreue und die unerschütterliche Zuversicht an des deutschen Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinübergeleiten und uns die Achtung vor uns selbst und Achtung des Auslandes bewahren. Das allein kann der Ton sein, der unserer Presse und unseren Rednern geziemt.

Für das Feldheer und die Besatzungstruppen werde ich von hier aus das weitere veranlassen. Das Kriegsministerium erhält Abschrift mit der Bitte, innerhalb des Heimatheeres in gleichem Sinne zu wirken.

*) Neu aufgenommen.

Dieses Telegramm war bereits verfaßt, als die Ausführungen des Staatssekretärs Erzberger für die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu meiner Kenntnis kamen. Ich begrüße diese Ausführungen, in denen der Staatssekretär das Volk auffordert, in einmütiger Geschlossenheit zusammenzustehen. Eine eingehende Beeinflussung des Volkes in der von mir erwähnten Weise muß aber hinzukommen, um eine Stimmung zu erzielen, wie die Stunde sie verlangt.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Nr. 49b*)

Die Nachrichtenstelle Wesel an das Grosse Hauptquartier

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr nachm.

15. Oktober 1918

Zu den mit hiesiger Fernschrift Nr. 6799 vom 15. 10. 18 und früheren gebrachten Meldungen betreffend Aufnahme des deutschen Friedensangebotes bei den feindlichen Regierungen meldet zuverlässiger Vertrauensmann am 15. 10. 18 aus Holland:

1. Nach drahtlichen Mitteilungen einer neutralen Gesandtschaft in England an ihre Regierung: Innerhalb der englischen Regierung nimmt der Widerstand gegen den Friedensschluß mit Deutschland zu. An die Heeresleitung sind Weisungen gegeben, die energisches Vorgehen an der Front fordern. In der Mitteilung wird besonders betont, daß die englische Marine ihren Schlag schlagen will, bevor es Frieden gibt.
2. Nach drahtlichen Mitteilungen eines neutralen Gesandten in Frankreich an seine Regierung: die französische Regierung weigert sich, mit Deutschland auf Grund des Wilsonschen Programms Frieden zu machen, Clemenceau hat Foch besucht und von diesem vernommen, daß Foch sofort zurücktrete, wenn die Regierung sich auf das Friedensmanöver einlasse, Clemenceau ist mit Foch einig und hat diese Meinung auch General Haig persönlich mitgeteilt.

*) Neu aufgenommen.

Nr. 50

**Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 10 Uhr 30 vorm. — Angekommen: 12 Uhr 10 nachm.

Großes Hauptquartier, den 16. Oktober 1918

Feldmarschall von Hindenburg hat folgenden Erlaß an die Armee herausgegeben:

„Die politischen Vorgänge der letzten Tage haben auf das Heer, namentlich auf das Offizierkorps, einen tiefen Eindruck gemacht.

Es ist meine Pflicht, die von Seiner Majestät Allerhöchst berufene Regierung zu unterstützen. Dem Friedensschritt stimme ich zu.

Vor allen andern Armeen hat die deutsche das voraus, daß sie und ihr Offizierkorps nie Politik trieben. Daran wollen wir festhalten.

Ich erwarte, daß das Vertrauen, das mir in guten Tagen geschenkt wurde, auch jetzt sich betätigt.“

gez. Hintze

Nr. 51

**Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 16. Okt., 11 Uhr nachm. — Angekommen: 17. Okt., 12 Uhr 5 vorm.

Bern (Lörrach), den 16. Oktober 1918

Französische gegen Waffenstillstand gerichtete Hetze bedient sich besonders des Arguments, Oberste Heeresleitung sei mit Räumung durchaus einverstanden oder wünsche sie sogar, da sie hierdurch Heeres- und Kriegsmaterial Deutschlands vor gänzlicher Niederlage bewahren und sich, was gefährlich und unannehmbar für Entente sei, günstige militärische Aussichten offen halten könne.

In diesem Sinne wird das eindringliche Betonen deutscher Presse, daß militärische Stellen (Ludendorff) mit Räumung einverstanden seien, von Gegnern stark ausgebeutet.

gez. Romberg

Aufzeichnung des Wirklichen Legationsrates von Rosenberg im Auswärtigen Amte über eine telephonische Mitteilung des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrats Freiherrn von Lersner

16. Oktober 1918, Nachmittag

Freiherr von Lersner telephonierte:

1. Nach seinen Eindrücken sei die alsbaldige Einstellung des gesamten U-Boot-Krieges erreichbar, falls wir dies aus politischen Gründen für notwendig halten sollten.

2. Er empfiehlt, die morgige Anwesenheit des Generals Ludendorff dazu zu benutzen, um ihn auf die Möglichkeit vorzubereiten, daß der Gegner auch noch die Räumung deutschen Gebietes (z. B. Metz und Straßburg) verlangen könnte. Es wäre mit dem General zu überlegen, wie weit einer solchen Forderung eventuell nachgegeben werden könnte.

3. Im Großen Hauptquartier seien vereinzelte Stimmen laut geworden, die dafür eintreten, daß nunmehr der deutsche Oberbefehlshaber unmittelbar mit den feindlichen Oberbefehlshabern in Verbindung treten möge. Freiherr von Lersner hält diesen Gedanken für höchst bedenklich, da wir uns bei der augenblicklichen Stimmung der feindlichen Armee eine glatte Abfuhr holen würden und befürwortet dringend, weiter an dem Weg über Wilson festzuhalten.

4. Baron Lersner stellt zur Erwägung, ob nicht das Hauptquartier statt nach Homburg besser nach Berlin oder einer näher gelegenen Stadt (Potsdam oder Brandenburg) zu verlegen wäre, damit die technischen Schwierigkeiten des Gedankenaustausches zwischen politischer und militärischer Leitung verringert würden.

gez. von Rosenberg

Nr. 53.

*Der Kaiserliche Gesandte in Stockholm von Lucius
an das Auswärtige Amt*

Telegramm

Abgegangen: 16. 10., 8 Uhr nachm. — Angekommen: 16. 10., 11 Uhr 55 nachm.

Stockholm, den 16. Oktober 1918

Aus schwedischen Kreisen, die zur Entente gute Beziehungen haben, höre ich, daß andauerndes militärisches Zurückgehen die Forderungen unserer Gegner immer mehr steigert und daß besonders Franzosen und Amerikaner Krieg nach Deutschland hineintragen wollen. Gerade im jetzigen Augenblick würde jeder auch kleine Erfolg unsererseits den Einfluß besonnener Elemente in Frankreich und England wesentlich stärken.

gez. Lucius

Sitzung der Staatssekretäre am 16. Oktober

Protokollauszug

Anwesend:

Der Reichskanzler,
der Vizekanzler,
der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes,
der Staatssekretär des Reichsschatzamtes,
Oberst von Haefen für die Oberste Heeresleitung,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutmoser,
Die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann

von Payer wies darauf hin, daß die Oberste Heeresleitung anrege, eine Propaganda für die letzte Verteidigung zu entfachen*). Das Kabinett sei der Meinung, daß dazu jetzt noch nicht die Zeit sei. Erst müsse das Kabinett sich entschließen, was auf die Wilsonsche Note geschehen solle. Einstweilen seien öffentliche Versammlungen und Reden über die Lage unerwünscht. Man müsse klar sehen, ob die Truppen aus dem Osten weggezogen werden könnten.

Oberst von Haefen bemerkt, daß Exzellenz Ludendorff morgen in Berlin eintreffen werde. Die Fragen, die ihm zu stellen seien, würden noch mit dem Kriegsministerium präzisiert. Schon jetzt aber bitte die Oberste Heeresleitung folgende Gegenfragen zu beantworten:

1. Läßt die innere Lage zu, daß sämtliche Truppen vom Osten nach dem Westen gebracht werden oder besteht die Gefahr, daß der Bolschewismus ins Land kommt?

2. Wird das deutsche Volk, nicht nur die Kreise der Gebildeten, sondern in seinen breiten Massen, in den Kampf bis zum äußersten mitgehen, wenn es das Bewußtsein hat, daß sich dann unsere militärische Lage genügend verstärkt, um das Eindringen der Feinde über die Landesgrenze zu verhindern? Oder ist die moralische Widerstandskraft so erschöpft, daß diese Frage nicht unbedingt bejaht werden kann? Dabei handele es sich nicht um Zwang, sondern um freien Willen.

Solf bezeichnet das Telegramm der Obersten Heeresleitung, das diese Fragen stelle, als ein außerordentlich gefährliches Dokument. Zwischen den Zeilen liege mehr als ein Appell an das deutsche Volk, sich zusammenzuraffen, nämlich der Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie passe schlecht zu den eigenen

*) Vgl. Nr. 49 a.

Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine *levée en masse* nicht möglich ist.

Sehr prekär sei auch die zweite Frage, ob man die Truppen auf Gefahr des Bolschewismus vom Osten wegziehen könne. Laute die Antwort nein, so werde die Oberste Heeresleitung behaupten, sie hätte die militärische Lage mit den Verstärkungen halten können. Glaube sie wirklich, daß die geringen Truppen im Osten das Kräfteverhältnis ändern könnten? Man müsse den Generalfeldmarschall bitten, solche Telegramme nicht mehr hierher zu schicken.

Scheidemann: Die Frage muß mit General Ludendorff auf das eingehendste besprochen werden. Auch ich meine, daß hier der Tatbestand verschoben werden soll. Das Telegramm der Obersten Heeresleitung sei allerdings vor Bekanntwerden der Antwort Wilsons abgegangen. Jetzt biete die Empörung der öffentlichen Meinung ihm scheinbar einen Rückhalt. Dies sei auch erklärlich, das dürfe uns aber nicht irre machen, wir müßten versuchen, uns an die Stelle der Gegner zu versetzen und den Tatbestand objektiv zu würdigen.

Sehr wichtig für den Ton der Antwort seien die Verwüstungen und Plünderungen . . .

Dazu komme das schreckliche Unglück mit dem Passagierdampfer, bei dem 600 Passagiere, darunter sehr viele Frauen und Kinder, umgekommen seien. Das wirke furchtbar aufreizend. Der U-Boot-Krieg sollte sogleich aufhören; die paar Schiffe, die man noch versenke, kämen nicht mehr in Betracht.

Auch mit der Amnestie solle man entschiedener vorgehen. Alle seien einig gewesen, daß sie Liebknecht zugute kommen sollte, nur Unterstaatssekretär Lewald habe diesen Beschluß zu Falle gebracht. Dieser Mangel an Weitblick führe dazu, daß man keine Konzessionen mit großer Geste mache, wenn es Zeit sei, sondern verspätet unter Druck und ohne Wirkung auf die Stimmung.

Die Stimmung wäre jetzt noch durch den Brief des Kaisers vergiftet, den die *Iswestija* veröffentlicht habe. Der Brief stamme zwar aus dem Jahre 1895, seine Angriffe auf die Reichstagsparteien wirkten aber deshalb nicht weniger stark. Glaube man wirklich, daß die Neigung im Volke noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten? Das Volk sei sich jetzt der Lage bewußt. Es gäbe ein Unglück, wenn man jetzt noch Rücksicht nehmen wollte. Am wenigsten auf Unterstaatssekretäre, die sich in die neue Lage nicht finden könnten. Es gehe nicht mehr länger, daß das Kabinett beschließt und die Geheimräte machen, was sie wollen.

Jedenfalls dürfe man Wilsons Note nicht beantworten, bis man nicht mit General Ludendorff gesprochen habe. Er müsse uns sagen, wie es militärisch stehe, und wir wollen ihm die Stimmung schildern. Sie sei fürchterlich. Es sei nicht die Empörung wegen der Forderungen der Gegner, sondern die Verzweiflung, daß man immer noch nicht das Nötige tue, sondern die Reformen tropfenweise gebe.

Groeber teilt die Auffassung des Herrn Solf über das Telegramm der Obersten Heeresleitung. General Ludendorff habe bei der Beratung des Waffenstillstandsgesuchs gesagt, er habe monatlich ein Defizit von 70 000 Mann und wisse keinen Weg, dieses Defizit zu decken. Wenn jetzt ein Aufruf gemacht werde, müsse er doch das Ergebnis haben, das Defizit zu beseitigen. Es müsse festgestellt werden, ob dazu die militärischen Kräfte noch aufgebracht werden könnten, und zwar mit genauen Zahlen. Dann erst könne man die Fragen der Obersten Heeresleitung prüfen, Fragen von außerordentlicher Tragweite für Deutschland und für die Randstaaten. Man könne doch unmöglich die Randstaaten, die man geschaffen habe, und die einen militärischen und wirtschaftlichen Wall gegen den Osten bilden sollten, dem Bolschewismus ausliefern.

Vielleicht habe man versäumt, in der Zwischenzeit eine Polizeitruppe aus der Bevölkerung zu bilden, das sei jetzt zu spät. Darum glaube er nicht, daß dort viele Truppen verfügbar seien.

Es genüge nicht, nur Exzellenz Ludendorff zu fragen, sein Urteil sei nicht mehr allein maßgebend. Man müsse sich mit andern Heerführern im Westen ins Benehmen setzen. Das Kabinett brauche diese Rückendeckung, und zwar aktenmäßig . . .

Weiter sei der Staatssekretär des Reichsmarineamts darüber zu hören, ob sich Vorfälle wie bei Versenkung der „Leicester“ nicht vermeiden lassen. Was den Aufruf zum Endkampf anlange, so sei es widerspruchsvoll, das ganze Volk einschließlich der deutschen Polen zur Hergabe des letzten Blutstropfens aufzufordern und dabei die Ausnahmegesetze nicht aufzuheben. Das entspräche nicht der großen Gefahr, in der wir schweben.

Was habe es für einen Zweck, wenn das Kabinett sich abmühe, Mittel zur Besserung der Lage zu finden und dann die wichtigsten Punkte nicht durchgeführt würden. In der Frage Liebknechts lasse sich manches für und wider sagen, aber man habe beschlossen, ihn zu amnestieren, dann dürfe nicht gesagt werden, das sei unmöglich, damit werde das Kabinett entwertet.

Scheidemann: Und die Amnestie ebenfalls.

Groeber: Diese Fehler machen einen Aufruf gegenwärtig unwirksam.

Man müsse aber General Ludendorff fragen: wie denke er sich die Durchführung — wie lange solle sie wirken? Je länger man gegen die Uebermacht kämpfe, mit um so schwereren Rückschlägen müsse es enden. Im Anfang des vorigen Jahrhunderts sei es anders gewesen, da sei das Volk mit voller Ueberzeugung in den Kampf gegangen, weil die Voraussetzungen vorgelegen hätten.

von Payer unterstützt den Antrag, auch andere Heerführer zu hören, und fragt, ob die früheren Angaben des Generals Ludendorff festgelegt seien.

v o n H a e f t e n erwidert, die Aufzeichnungen darüber lägen teils in der Reichskanzlei, teils im Auswärtigen Amt.

G r a f R ö d e r n bezweifelt, ob die andern Heerführer zugezogen werden könnten.

v o n H a e f t e n bestätigt, daß während dieses schweren Kampfes die Heerführer nicht abgerufen werden können und nimmt die Oberste Heeresleitung gegen die Ansicht in Schutz, als ob sie eine Verschiebung der Verantwortlichkeit beabsichtigt habe, indem er die Entstehungsgeschichte des Telegramms darlegt. Er nehme an, daß Exzellenz Ludendorff von dem Telegramm überhaupt keine Kenntnis habe.

v o n P a y e r meint, daß eine schriftliche Auskunft der andern Heerführer nicht genüge, sie müßten sich vor dem Kabinett im Notfall durch ihre Generalstabschefs vertreten lassen. Ohne eine Aussprache mit ihnen könne das Kabinett die Verantwortung vor dem Vaterland nicht tragen...

Der R e i c h s k a n z l e r erklärt, wegen der Anhörung anderer Heerführer habe er Seiner Majestät Vortrag gehalten und erwarte noch im Laufe des Tages die Entscheidung des Kaisers, von der seine weiteren Schritte abhängig seien. Man müßte damit rechnen, daß Hindenburg und Ludendorff die Zuziehung persönlich nehmen würden, wenn aber die Nachrichten für das Kriegskabinett nötig seien, müsse das Erscheinen der beiden Herren veranlaßt werden pp.

Sitzung des engeren Kabinetts vom 17. Oktober 1918

Protokollauszug

Anwesend:

Der Reichskanzler,
der Vizekanzler,
die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts und des Reichs-
schatzamts,
der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums,
die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutelmoser

Der Reichskanzler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung, daß er ein Telegramm Seiner Majestät erhalten habe, wonach außer dem Ersten Generalquartiermeister noch andere Heerführer zu hören sein würden. Dies habe er dem General Ludendorff mitgeteilt. Der General habe in großer Erregung geantwortet, dann würde er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm Generalfeldmarschall Hindenburg. Es müsse jetzt erwogen werden, wie man sich zu dieser Folge stellen solle. Seiner Ansicht nach solle man zunächst die Ausführungen Ludendorffs entgegennehmen und sich erst dann entscheiden.

Solf berichtet, daß ihn heute morgen zu ungewöhnlich früher Stunde der Abgeordnete Rießer aufgesucht und ihm gesagt habe, das Vertrauen der nationalliberalen Partei auf General Ludendorff sei so erschüttert, daß sie erwarte, die Regierung werde sich bei ihrem Entschluß nicht nur auf Hindenburg und Ludendorff stützen, sondern auch andere Feldherren hören.

von Payer meint, man solle diese Frage nicht in Gegenwart Ludendorffs erörtern, sondern zunächst das Ergebnis seiner Ausführungen abwarten. Vielleicht würden diese Ausführungen befriedigen, vielleicht werde man noch andere hören müssen.

Graf Röder n fragt, ob Seine Majestät die Heerführer herkommen lassen wolle.

Der Reichskanzler erklärt, das sei nicht möglich, man würde dadurch die militärische Lage gefährden.

Scheidemann findet den Wunsch, andere Heerführer zu hören, sehr begreiflich; er müsse aber in einer Form erfüllt werden, die Hindenburg und Ludendorff jeden Anlaß nehme, die angegebenen Konsequenzen zu ziehen. Es müsse doch den beiden Feldherren selbst recht sein, wenn man noch andere zuziehe und ihnen dadurch die ungeheure Verantwortung zum Teil abnehme.

Der Reichskanzler erwidert, das habe er General Ludendorff alles vorgestellt, Ludendorff habe aber geantwortet, das sei ein Mißtrauensvotum. Das habe er bestritten und betont, es sei nicht nur der Wunsch Seiner Majestät, sondern auch der allgemeine Wunsch der Bevölkerung und eigentlich so selbstverständlich, daß niemand begreifen würde, wenn die Feldherren deshalb zurückträten.

Friedberg bestätigt, daß das Publikum nicht begreifen würde, wenn hier das Schicksal Deutschlands auf den richtigen Blick von zwei Augen gestellt würde. Auch früher sei doch in entscheidenden Zeiten ein Kriegsrat zusammengerufen worden. Wenn man bedenke, daß es gerade ein Kriegsrat war, der die Absetzung Falkenhayns und die Berufung Hindenburgs beschloß, könne doch jetzt die Abhaltung eines Kriegsrats für die beiden Feldherren kein Grund zur Abdankung sein.

Der Reichskanzler wiederholt, daß er alles dies schon Ludendorff gesagt habe; es habe nichts genutzt. Es frage sich also nur, ob man den Abschied der beiden verantworten könne.

Haußmann meint, das würde namentlich wegen Hindenburg geradezu katastrophal wirken. Gerade die Leute, die jetzt den beiden Feldherren das Vertrauen zu versagen schienen, würden nach ihrem Abgang es der jetzigen Regierung zum Vorwurf machen, in dieser Kriegslage Deutschland um die beiden besten Feldherrn gebracht zu haben . . .

Groeber erklärt, der Abgeordnete Stresemann habe ihm vor kurzem mitgeteilt, seine ganze Fraktion, er glaube einstimmig, hege den Wunsch, daß noch andere Heerführer gehört würden.

Der Reichskanzler fragt den Staatssekretär Scheidemann, was er von der Wirkung auf die breiteren Volksmassen halte.

Scheidemann erklärt, das lasse sich schwer beurteilen. In Arbeiterkreisen sei das Vertrauen auf Ludendorff nicht erst jetzt erschüttert worden, sondern es fehle schon sei Jahr und Tag; nicht sowohl militärisch, als vielmehr politisch, da habe er einen ganz schlechten Ruf.

Solf wiederholt, daß es sich bei der Mitteilung Rießers um einen formellen Parteibeschuß handle.

von Payer schlägt vor, eine Form zu suchen, die nicht verletzend wirke; vielleicht berufe Hindenburg selbst einen Kriegsrat zusammen, dessen Beschlüsse der Regierung mitgeteilt würden, damit sie ihre Entscheidung danach treffe. Zunächst solle aber einmal in die sachliche Erörterung eingetreten werden. Sage Ludendorff, die Lage sei verzweifelt, wir können die Front nicht mehr halten, so müsse man noch andere hören.

Der Reichskanzler: Das tue Ludendorff nicht.

von Payer: Sage Ludendorff, daß wir uns noch halten können und nicht jede Bedingung anzunehmen brauchen, so würde er keinen Wert mehr auf die Vernehmung anderer Heerführer legen.

Der Reichskanzler stimmt dem insoweit zu, als zunächst die sachliche Erörterung beginnen solle.

.....

Graf Rödern wirft die Frage auf, ob es nicht denkbar sei, daß der Kaiser den Generalfeldmarschall bewege, das höchste Opfer zu bringen und auch ohne Ludendorff zu bleiben.

Der Reichskanzler erwidert, wenn dies auch nicht ganz unmöglich sei, so sei es doch sehr unwahrscheinlich, weil Hindenburg sich doch sehr mit Ludendorff identifiziert habe. Ludendorff sei der, der die Entschlüsse fasse. Auch darüber könne man später sprechen*).

*) Vgl. hierzu Ludendorff, „Kriegserinnerungen“ S. 10:

„Ich trug dem Generalfeldmarschall nach Rücksprache mit meinen Mitarbeitern kurz und knapp meine Gedanken für Anlage und Leitung aller Operationen vor und machte ihm einen ganz bestimmten Vorschlag. Ich hatte die Genugtuung, daß der Generalfeldmarschall stets — von Tannenberg bis zu meinem Abgang im Oktober 1918 — mit meinem Denken übereinstimmte und meine Befehlswürfe billigte.“

Fragebogen
als Grundlage der Besprechung mit General Ludendorff
am 17. Oktober 1918 (Nr. 57)

1. Wie lange kann bei Fortsetzung des Krieges durch äußerste Anspannung der Volkskraft der Krieg so geführt werden, daß die Feinde von den deutschen Landesgrenzen ferngehalten werden?
2. Wie stark ist zur Zeit das Westheer einschließlich der Besatzungstruppen in Belgien und Nordfrankreich?
3. Wie stark sind die im Osten stehenden Kräfte?
4. Wie lange Zeit wird es in Anspruch nehmen, bis die sogenannte *levée en masse* für unsere Lage an der Westfront wirksam wird?
5. Wie lange Zeit nimmt die Ueberführung der im Osten entbehrlichen Streitkräfte nach dem Westen in Anspruch?
6. Kann eine Garantie dafür übernommen werden, daß die Westfront in ihrer jetzigen Stärke keine Katastrophe erleiden wird, bevor ihr der Kräftezuwachs aus dem Osten und der Heimat zugeführt ist?
7. Wieviel Kräfte können dem Westheere zugeführt werden
 - a) aus der Heimat,
 - b) aus dem Osten?
8. Wie hoch ist der Kampfwert der Verstärkungen zu bemessen
 - a) aus der Heimat,
 - b) aus dem Osten?
9. Wird durch eine Entblößung der östlichen Gebiete von den deutschen Truppen die Oelzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß dies uns zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Aufgabe des U-Boot-Krieges zwingen kann?
10. Ueber wie starke Reserven verfügen zur Zeit noch unsere Feinde:
 - a) Amerikaner,
 - b) Engländer,
 - c) Franzosen,
 - d) Italiener?
11. Wie lange ist hiernach noch mit Großangriffen an der Westfront in diesem Jahre zu rechnen?
12. Besteht bei einem Ausscheiden Oesterreich-Ungarns als Bundesgenossen die Wahrscheinlichkeit der Ueberführung des italienischen Heeres nach der Westfront?
13. Wie stark ist das italienische Heer?
14. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Südfront?

15. Wie hoch ist der Kampfwert der russischen roten Armeen zu bewerten?

16. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Ostfront?

17. Besteht die Möglichkeit, daß im Laufe des nächsten Jahres die noch neutral verbliebenen europäischen Mächte von unseren Feinden gezwungen werden, in den Krieg gegen uns mit einzugreifen?

18. Wieviel Amerikaner werden im Durchschnitt monatlich nach Frankreich überführt?

19. Wie stark wird voraussichtlich das amerikanische Heer an der Westfront im nächsten Frühjahr sein?

20. Wie hoch kann die Stärke der alliierten feindlichen Armeen (Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener) an der Westfront im nächsten Frühjahr geschätzt werden?

21. Wird sich bis zum nächsten Frühjahr unsere militärische Lage gegen jetzt verschlechtern oder verbessern?

Grosse Sitzung vom 17. Oktober 1918

Protokoll

Anwesend:

Der Reichskanzler,
Der Vizekanzler,
Der Kriegsminister,
Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts, des Reichsschatzamts,
des Kriegsernährungsamts, des Reichsmarineamts,
Der Chef des Admiralstabs der Marine,
Der Vizepräsident des Preussischen Staatsministeriums,
Die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann,
Unterstaatssekretär Göppert,
Unterstaatssekretär von Stumm,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutmoser,
General Ludendorff,
General Hoffmann,
Oberst Heye

Der Reichskanzler: Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandersuchen an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Es kam die Rückfrage, die wir beantwortet haben. Jetzt liegt eine neue Note vor, die eine Steigerung der Forderungen Wilsons enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die amerikanischen Chauvinisten und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und, wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden.

So stelle ich mir die Lage vor. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, klarzustellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. Zu diesem Zweck haben wir Euere Exzellenz gebeten, herzukommen und uns Auskunft zu geben. Wir haben Euere Exzellenz eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt, über die wir erwarten, Auskunft zu erhalten. Euere Exzellenz haben andere Fragen an uns gestellt, die wir im Laufe der Erörterung beantworten werden.

Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf.

Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Truppenmaterial aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General Ludendorff: Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg Soldatenglück, vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.

Ich kann Ihnen nur meine Ueberzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre.

Wenn man mich fragt, ob die Ostdivisionen einen Umschwung herbeiführen werden, so frage ich dagegen, was können wir aus dem Osten wegführen. Ich habe darüber mit Hoffmann gesprochen. Wir haben jetzt drei Divisionen locker gemacht durch Räumung Weißrußlands; aber das geht nur langsam. Wir haben in dem Gebiet noch große Haferbestände. Hafer wird uns im nächsten Jahre besonders fehlen; das ist zu bedenken.

Also drei Divisionen kommen. Einen Umschwung kann man mit drei Divisionen nicht herbeiführen; aber der Soldat muß alles zusammenziehen, was er kriegen kann. Früher konnten wir das nicht, weil wir die weitere Grenze gegen die Bolschewiken schützen mußten, bis wir das Geld bekamen. Wieviel haben wir denn jetzt im Osten?

Oberst H e y e : Noch 24 Divisionen. Oberost hat davon noch 7.

General Hoffmann : 7 hat Oberost, 5 stehen in der Ukraine, 12 in Rumänien.

General Ludendorff: Dazu kommt die Frage, können wir die Ukraine aufgeben oder nicht? Die Oberste Heeresleitung ist im Einverständnis mit der Reichsleitung in die Ukraine einmarschiert, weil wir das Land für die Ergänzung unserer Wirtschaft brauchten, und weil wir die Ostfront der Feinde sprengen mußten. Können wir auf die Ukrainewirtschaft verzichten, und können wir die Gefahr auf uns nehmen, daß die Ukraine bolschewistisch wird, so können wir auch die Divisionen herausholen.

Wirtschaftlich glaube ich, daß wir die Ukraine unbedingt brauchen, auch militärisch. Wir könnten den Krieg im Westen nicht ohne die Pferde in der Ukraine führen; ob unsere Landwirtschaft noch so viel liefern kann, weiß ich nicht. Ich müßte dann um eine andere Direktive für die Behandlung der Ostfragen bitten, als sie mir im März gegeben worden ist.

Der Reichskanzler: Würde die Wegziehung der Osttruppen die Westfront so stärken, daß sie halten kann?

General Ludendorff: Das ist jedenfalls in gewissem Maße der Fall. Es fragt sich nur, ob die wirtschaftlichen und politischen Nachteile und die Gefahr im Innern nicht schwerer wiegen.

Der Reichskanzler: Würden die neuen Truppen unserem Westheer eine solche Stoßkraft geben, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gebracht würden?

General Ludendorff: Nein, Stoßkraft haben diese Truppen nicht mehr. Wir haben alles Gute schon herausgenommen. Sie haben keine Stoßkraft mehr, aber eine gewisse Abwehrkraft. Es darf nicht unterschätzt werden, daß die Truppen im Osten nicht mehr den Geist haben, wie die im Westen; darüber spricht vielleicht General Hoffmann.

Der Reichskanzler: Noch eine Frage vorher. Es würde also durch die Zuziehung der Truppen aus dem Osten nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, den wir Anfang Oktober gekommen glaubten, und dann die Lage wieder eintreten, die uns gezwungen hat, den Friedensschritt zu tun?

General Ludendorff: Es kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage.

Der Reichskanzler: Ich bitte General Hoffmann, das Wort zu nehmen.

General Hoffmann: Die Divisionen im Osten bestehen aus Leuten zwischen 35 und 45 Jahren. Die weiten Gebiete, die sie besetzt halten, die Versuchungen, die an sie herantreten und denen sie häufig unterliegen, sei es durch Bestechung der ostjüdischen Händler, sei es durch bolschewistische Propaganda, haben die Truppen recht leiden lassen. Vor Abgabe der letzten Formationen hatten wir in Litauen auf ungefähr 18 Quadratkilometer einen Soldaten. Die Truppe steht seit Monaten zerstreut in einzelnen Postierungen, wenig beaufsichtigt, und die bolschewistischen Ideen verbunden mit der Bestechung haben sehr überhand genommen.

Abgeben können wir nur 10 Divisionen, denn wir brauchen 2 Divisionen und die Kavallerie, um die Grenze nach der Ukraine zu sperren.

Daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Defensiv haben sie noch Kraft. Ihre Ostaufgabe erfüllen sie glänzend. Ich würde mich sogar anheischig machen, im Osten noch einmal mit ihnen anzugreifen. Aber gegen die Machtmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.

Der Reichskanzler: Sie würden also die Wegnahme an sich für möglich halten?

General Hoffmann: Wenn wir wegziehen wollen, ist es sehr hohe Zeit. Ich brauche drei Monate, um die Truppen aus der Ukraine herauszubringen. Wir können dort nur zwei bis drei Züge täglich laufen lassen,

von denen bei dem Mangel an Schmieröl noch manche ausfallen. Dabei ist mit Sabotage, ja mit Aufblammen einer Revolution zu rechnen, wenn die Bahnen von Ukrainern bedient werden. Schon jetzt würde das Bereitstellen der Truppen, wenn ich das ganze Material liegen lassen wollte, besonders auch die gesammelte Ernte, drei Tage bis zur Schmalspurbahn, sechs Tage bis zur Normalspurbahn in Anspruch nehmen. Diese Zeiten sind aber so errechnet, daß wir keine Vorräte mitnehmen können, die sind dann verloren. Der Truppenchef in Minsk sagt mir, daß er, um die Ernte fortzuschaffen, 500 Züge brauche; die haben wir natürlich nicht. Wir müßten dann die Truppen marschieren lassen.

General L u d e n d o r f f : Bis jetzt ist ungefähr eine Million Menschen aus dem Ostgebiet ernährt worden. Diese fallen nun der Heimat zur Last. Der Viehbezug aus der Ukraine hat die Viehbestände der Heimat sehr geschont. Wie gespannt die Lage der Viehverorgung in Deutschland ist, weiß man. Müssen wir auf das Ostvieh verzichten, so käme die Heimat nach Ansicht des Generalquartiermeisters in die größten Schwierigkeiten. Ich habe gebeten, das auch durch die Reichsleitung feststellen zu lassen. Wir haben bei der Obersten Heeresleitung gerade die Viehfrage für ausschlaggebend gehalten. Aus der Ukraine allein haben wir 140 000 Pferde geholt.

Der Reichskanzler: Wie steht es mit der bolschewistischen Armee, wird sie stärker, kann sie uns bedrohen?

General H o f f m a n n : Nein, rein militärisch betrachtet wird sie uns in absehbarer Zeit nichts antun können, da haben wir nichts zu fürchten; aber die geistige Bedrohung.

General L u d e n d o r f f : Und diese Gefahr ist groß. Der Kordon ist so schwach, daß wir nicht imstande sind, sie von der Heimat fernzuhalten.

Der Reichskanzler: Also der Westen wird durch die Osttruppen keine neue Stoßkraft erhalten; aber die verfügbaren 12 Divisionen würden für die Verteidigung wertvoll sein. Um sie herbeizuführen, würde man drei Monate brauchen. Dabei würden wir die Hafenvorräte verlieren, außerdem würde eine große Anzahl von Menschen, die bis jetzt von drüben ernährt worden sind, hier ernährt werden müssen. Euere Exzellenz stellen jetzt die Gegenfrage, welchen Wert hat die Ukraine in den Augen der Reichsleitung für die Ernährung Deutschlands.

General L u d e n d o r f f : Ja. Wir haben anderthalb Millionen Tonnen aufgekauftes Getreide, das schon zu beginnt.

Der Reichskanzler: Ich eröffne hierüber die Debatte.

G r a f R o e d e r n : Die beiden Staatssekretäre des Reichswirtschafts- amts und des Kriegsernährungsamts sind nicht anwesend. Es besteht Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen. Das Kriegsernährungsamt wünscht die Ukraine weiter zu benutzen, das Reichswirtschaftsamt ist sehr skeptisch. Soweit ich die Lage aus dem mir mitgeteilten Schriftwechsel

übersehen kann, scheint mir die Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts die begründetere. Jedenfalls ist, was wir für die Zivilbevölkerung aus der Ukraine bekommen haben, außerordentlich geringfügig, sehr viel höher der Wert dessen, was für das Heer geleistet worden ist und jetzt aus der Heimat beschafft werden muß. Hat das Heer noch Viehbestände aus der Ukraine bekommen?

General L u d e n d o r f f : Einen Unterschied zwischen Heer und Zivil kann man nicht machen. Es ist ein großer Wirtschaftstopf, und ob das Vieh aus der Ukraine für das Heer oder das Zivil gebraucht wird, ist gleichgültig. Wir müssen das Vieh haben, woher wir es bekommen, darüber kann ich mir nicht den Kopf zerbrechen. Uebrigens kommt noch die Kriegsrohstofffrage dazu. Wir verlieren jetzt auch das Kupferbergwerk Bor, weil die Serben es wieder nehmen; wenn wir auch Belgien räumen, so wird die Wirtschaftslage so gespannt, daß wir gar nicht wissen, wie wir den Krieg weiterführen wollen. Gehen wir also gleichzeitig im Osten und im Westen zurück, so brechen wir zusammen.

Staatssekretär S o l f : Der Vertreter des Auswärtigen Amts in der Ukraine hat mir gestern Vortrag gehalten über die dortigen Verhältnisse. Dem wirtschaftlichen Teil seines Berichts möchte ich entnehmen, daß der Wert der Ukraine für die Verpflegung des Heeres ein ganz immenser ist, und da können wir keinen Unterschied machen, wer diese Vorräte zuerst verbraucht. Der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Fall sehr beträchtlich.

Ich habe dann Herrn von Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnehmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.

General L u d e n d o r f f : Auch das müssen wir in Kauf nehmen. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauerhaften Folgen*).

Graf R o e d e r n : Die Frage kann nur nach den jetzt vorliegenden Ernteschätzungen beantwortet werden. Dazu brauchen wir den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

S c h e i d e m a n n : Wenn wir alle diese Fragen der Ernährung und des Bolschewismus beiseite setzen, so bleibt immer noch die Frage, ob die Westfront nach drei Monaten noch stehen wird oder bis dahin ein Durchbruch erfolgt?

*) Anmerkung bei der Herausgabe: In der Reichskanzlei befindet sich eine Abschrift des Protokolls, in der die Ausführungen des Generals Ludendorff folgendermaßen wiedergegeben sind:

„Auch das müssen wir in Kauf nehmen, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des deutschen Vaterlandes nötig wäre. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden, trotz allen schauerhaften Folgen.“

Die Worte: „selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des Vaterlandes nötig wäre“ sind in der Abschrift mit Tintenstift durchstrichen.

General L u d e n d o r f f : Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten, ich fürchte ihn nicht.

Der Reichskanzler : Ich gehe auf die zweite Frage über: Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen?

Wir müssen aber auch vorher wissen, ob es technisch möglich ist, das nötige Material auszuheben.

General L u d e n d o r f f : Das übersehe ich nicht. Damit habe ich mich seit 1916 redlich bemüht; es ist kaum ein Monat vergangen, daß ich nicht gedrängt habe. Ob die Verstärkungen rechtzeitig kommen? Verstärkungen kommen immer rechtzeitig. Man kann nie wissen im Kriege, wie lange eine Aktion dauert. Wie oft habe ich Reserven geschickt, wenn man meinte, sie kämen zu spät, und sie kamen doch nur zur Zeit. Man muß sie schicken und das Uebrige dem Schicksal überlassen.

Der Reichskanzler : Ich bitte den Herrn Kriegsminister sich dazu zu äußern.

Kriegsminister S c h e ü c h : Es kommen zwei Maßnahmen in Betracht. Die normale allgemeine Ergänzung oder eine starke einmalige, unter Beeinträchtigung der normalen. Für die erste Maßnahme gilt folgendes: der normale Nachschub an Ersatz für das Feldheer ergibt nach den neuesten Berechnungen für Preußen und die anderen Staaten zusammen monatlich 190 000 Mann. Sie können gestellt werden ohne sehr fühlbare Eingriffe in die Heimatwirtschaft. Die einzelnen Zahlen brauche ich hier wohl nicht anzugeben.

Soll das Heer einen einmaligen starken Nachschub erhalten, so berechne ich den auf rund 600 000 Mann. Dabei rechne ich nicht hoch. Die Einzelberechnungen ergeben sogar 637 000 Mann. In diesem Falle würde der Eingriff schon fühlbar werden. Ich glaube nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört. Die Nachweisung im einzelnen würde man in engeren Kreisen durchgehen können und dann auch in Betracht ziehen, was man an un ausgebildeten Leuten erhält. So z. B. den Rest des Jahrganges 1900, von denen noch 50 000 Köpfe in den Betrieben stecken. Das andere ist schon ausgebildet, zum größten Teil in den Depots, zu einem Drittel in der Heimat. Das ist allerdings dann auch der letzte. Eine Ausbildung ist ja doch nötig für die anderen.

Nun ist aber zu bedenken: wenn wir die 600 000 in die Front hereinbekommen, ist weiterer Ersatz nötig. Dann können wir im Monat nicht mehr rund 190 000, sondern nur rund 100 000 Mann für das nächste halbe Jahr sicherstellen. Den weiteren Ersatz bis zum Herbst 1919 könnte man dann wieder auf 150 000 Mann monatlich anschlagen, wenn der Jahr-

gang 1901 früher eingestellt würde. Das Reservoir des nächsten Jahres wäre also gegen Ende September erschöpft.

General Ludendorff: Ich bin unbedingt für den zweiten Fall. Hätten wir diese günstigen Zahlen schon jetzt gehabt, so hätten wir die Krise an der Westfront nicht bekommen. Und wenn ich die Leute bekomme, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft. Ich muß aber die Leute bekommen, und zwar bald bekommen, dann können wir wieder hoffnungsfreudig sein.

Kriegsminister Scheuch: Ich möchte die Versicherung geben, daß ich meine ganze Kraft einsetze, daß diese Zahl eingehalten wird. Dann wollen wir aber nach dieser Richtung auch keinen Tag versäumen.

General Ludendorff: Ich möchte den Herren ein Bild der Lage geben. Vorgestern war die Schlacht bei Ypern. Engländer und Franzosen griffen mit sehr starken Kräften an. Wir wußten das. Wir wollten standhalten. Wir sahen die Gefahr kommen. Es war eine schwere Lage, sich zu sagen, wir werden zurückgedrängt und müssen doch standhalten. Wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen. Zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen, und wir haben die Front gehalten. Was hätten da die Ergänzungen aus der Heimat für eine Bedeutung für uns gehabt.

Die Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf. Mann und Offizier haben das Gefühl der Vereinsamung. Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: „Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?“ und dann laufen sie weg. Können wir die Löcher zustopfen, so verhüten wir den Einbruch. Können wir der Front sagen, ihr bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

Kriegsminister Scheuch: Wenn ich Exzellenz Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern.

General Ludendorff: Ja.

Kriegsminister Scheuch: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?

General Ludendorff: Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlimm, aber wir haben sie bisher abgeschlagen*). Allerdings verschieben sich die Verhältniszahlen; aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Truppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen.

Oberst Heye: In welchem Zeitraum kann der zweite Plan mit den 600 000 Mann durchgeführt werden?

*) Anmerkung bei der Herausgabe: In der erwähnten Abschrift folgen hier noch die Worte: „auch wenn wir sehr in der Minderheit waren“.

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte nicht eine zu kurze Zeit angeben. Wir müssen ja aus der Industrie und Landwirtschaft schneller Menschen herausholen als wir anfangs glaubten. Schneller geht die Verwendung des Heimatheeres. Aus der preußischen Heimat werden zum Beispiel 75 000 Mann kommen. Dahin habe ich den Druck gerichtet; darin dürfen wir nicht zu ängstlich sein. Dazu kommen dann noch etwa 25 000 von den anderen Staaten. Zunächst haben wir etwa 50 000 Unausgebildete und 250 000 Ausgebildete; aber auch deren Verwendung zieht sich noch durch Wochen hin. Das wird auch der Obersten Heeresleitung recht sein.

General Ludendorff: Lieber wäre es uns schon, sie kämen alle gleich. Denn was das Niederziehende für die Armee ist, die Stärken werden immer geringer und geringer.

Kriegsminister Scheüch: Schwierigkeiten machen auch die heimatischen Transportverhältnisse. Kürzlich standen bei einem Generalkommando 6000 Mann bereit zum Abtransport an die Westfront. Sie konnten aber nicht geschickt werden, weil das rollende Material fehlte. Das kann sich wiederholen.

General Ludendorff: Auch bei uns war durch die Räumung eine große Transportkrise ausgebrochen, die sich auf die Heimat fortpflanzte. Die ist aber jetzt behoben. Ich bin nur dankbar, wenn nach der Richtung in der Heimat das Menschenmögliche geschieht.

Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf dem Fragebogen steht: die Stimmung im Heer. Er ist sehr wichtig. Exzellenz Scheüch hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt. Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas. Das ist Stimmungssache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hatte Grippe gehabt, es fehlten ihr Kartoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbrachten, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus in einer Form, die der Zucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen grobe Widersetzlichkeiten vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr, ein solcher Transport, wie er ihn aus dem Bezirk des VII. Armeekorps der 13. Division geholt hätte, wäre ihm noch nicht vorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Bolschewisten unter sich zu haben.

Diese Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist. Ich habe mich sehr bemüht, sie zu heben, ich muß aber dringend bitten, nicht nur für Menschen, sondern auch für die Stimmung zu sorgen.

Was halten sich zum Beispiel für Drückeberger in Maubeuge auf! Wir haben ja in unserer großen Armee mit Helden zu tun und mit recht, recht schwachen Menschen. Auch auf die müssen wir uns einstellen. Auf-

frischung der Heimat! Ich richte die dringende Bitte an alle Stäbe, dafür zu sorgen, daß die Stimmung in der Heimat gehoben wird, und daß der Soldat in Belgien weiß, er verteidigt deutsche Erde. Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß diese Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute, was sollen wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen, und vor Verdun heißt es, was nützen unsere Opfer, wenn die Franzosen doch Elsaß-Lothringen kriegen! Menschen mit schlechter Stimmung können wir nicht brauchen. Ein Divisionsstab sagte mir neulich, sie hätten ihre Leute aus dem Osten wieder weggeschickt, sie seien im Westen nicht mehr zu gebrauchen. Man muß mit dem Geiste der Heimat arbeiten.

Der Reichskanzler: Da Seine Exzellenz der General Ludendorff die Frage der Stimmung angeschnitten hat, so halte ich es für notwendig, an die drei parlamentarischen Staatssekretäre die Bitte zu richten, ihre Auffassung über die Stimmung in der Heimat mitzuteilen und sich über die Vorschläge zu äußern, die man gemacht hat.

Staatssekretär Groeber: Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Ich habe mich davon auf einer Reise nach Süddeutschland persönlich überzeugt. Das haben gerade Urlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schauergeschichten erzählt haben. Viel falsche, aber auch manche richtige. Solche Sachen werden, je länger der Krieg dauert, um so schwerer empfunden. In einer großen Armee kommt natürlich manches Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden.

Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere. Besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen, wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich. In gewöhnlichen Zeiten läßt sich das ertragen; aber in solchen Zeiten, wie diese, stellt sich der Gedanke ein: was müssen wir aushalten und wie leben die Offiziere. Läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?

General Ludendorff: Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß der Offizier mit der Truppe die gleiche Lebensweise zu führen hat. Ich bin dem Vorwurf nachgegangen und habe durch den Generalintendanten festgestellt: es gibt nur eine Kantine, sie verkauft gleichmäßig an Offiziere und Mannschaften. Auch im Preis wird kein Unterschied gemacht. Ein Unterschied bestand: die großen Kantinen ergänzen ihre Bestände aus den kleinen Kantinen. Die großen liefern an die kleinen zu geringerem Preis, damit die kleinen verdienen. Nun hatten einige höchste Stäbe keine Truppenkantine, sondern bezogen ihre Bedürfnisse sogleich aus der großen Kantine, und zwar zu dem billigeren Preis. Sobald ich das festgestellt hatte, habe ich es untersagt und die Stabsbetriebe veranlaßt, aus den großen Kantinen zum gleichen Preise wie aus den kleinen zu beziehen.

Im Schützengraben essen ja Mann und Offizier aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu

verstehen, man wird uns nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber, was recht und billig ist, drücken wir durch.

Das schlimmste ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können, und man kann nichts dagegen machen. Geben Sie mir Einzelheiten, dann werde ich dahintergreifen, aber seien Sie überzeugt, die Verhältnisse liegen nicht so kraß, wie man behauptet. Im ganzen ist alles in Ordnung.

Der Reichskanzler: Ich bitte, nicht in Details zu gehen, dazu fehlt uns die Zeit. Wie beurteilen die Herren Staatssekretäre die Stimmung in Deutschland in Verbindung mit den Maßregeln, die der Herr Kriegsminister vorschlägt?

Staatssekretär Scheidemann: Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine feste Ueberzeugung. Schon die Dauer des Krieges zermürbt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Boot-Krieg hat enttäuscht, die technische Ueberlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Bankerott, dazu die sich steigernde Not im Innern. Nun tritt die Wechselwirkung ein. Aus dem Heer kommen die Urlauber mit schlechten Geschichten, aus der Heimat bringen sie schlechte Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns täuschen, wenn wir das beschönigen wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

General Ludendorff: Wird es Euerer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?

Staatssekretär Scheidemann: Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man dieses Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern. Es wäre eine Unehrllichkeit ersten Ranges, wenn wir darüber irgendeinen Menschen einen Zweifel ließen.

Staatssekretär Haubmann: Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wielange, wieviel Wochen, wieviel Tage hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den scharfen Ton der Wilsonnote vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden. Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung. Man könnte sie haben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis

der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen, davon hängt der Ton der Verhandlungen ab.

General Ludendorff: Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir „fein heraus“. Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu bessern. Ich werde das gleich mit dem Eisenbahnchef besprechen. Wie weit es möglich ist, übersehe ich nicht.

Staatssekretär Scheidemann: Der Mangel an Wagen wurde uns neulich sehr eindringlich durch Herrn von Waldow zu Gemüte geführt. Er sagte dabei, sehr bald würden wir nicht einmal mehr das kleine Quantum Kartoffeln haben, das jetzt noch verteilt wird.

General Ludendorff: Ich werde das Nötige veranlassen.

Vizekanzler von Payer: Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten.

Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die zweite Wilsonnote kam, da ist die Stimmung zusammengesunken, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht, aber auch diese Stimmung schlug wieder um: bei der Erkenntnis, daß wir als Nation, vor allem auch wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden sollen, überlegte sich jeder: müssen wir das erdulden oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen: es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigungen rechnen, die uns erdrücken wird — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen.

Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, — dann ist noch nicht alles verloren.

General Ludendorff: Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur: wie schaffen wir's? Da kann ich nur die Bitte wiederholen: Packen Sie das Volk. Reißen Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen.

Vizepräsident Friedberg: Jedenfalls muß sehr schnell gehandelt werden. In der letzten Zeit war die Lage sehr schwierig. Wir haben die Oberpräsidenten hier versammelt gesehen. Die sämtlichen Pastoren von

Berlin traten zusammen. Die Parteien halten Fraktionssitzungen — kein Mensch weiß, woran er ist, und alle fassen sich an den Kopf, wie man plötzlich vor einer solchen Katastrophe stehen kann. Wir werden aufgefordert zu sagen: stellt die Lage ernst dar, aber noch nicht verzweifelt. Damit bekommt man keine Hochstimmung.

General Ludendorff: In keiner Weise.

Vizepräsident Friedberg: Jetzt hören wir, daß die Sache wesentlich anders liegt. Da stimme ich mit Exzellenz von Payer darin überein, daß wir rasch aus der Note an Wilson herausholen sollten, was herausgeholt werden kann.

Der Reichskanzler: Euere Exzellenz meinen, daß vier Wochen guter Stimmung nötig sind?

General Ludendorff: Wenn es mehr sind, ist es mir lieber. Jedenfalls wird nach dieser Frist die Krise an der Westfront zu Ende sein, wenn wir auch noch zurückgehen müssen. Man hat das so im Gefühl. Die Angriffskraft war in den letzten Tagen nur noch gering.

Der Reichskanzler: Aber innerhalb von 8 bis 10 Tagen kommt wieder eine neue Welle, wie Euere Exzellenz damals im Gespräch mit mir selbst gesagt haben.

General Ludendorff: Die kommt. Ein neuer Angriff ist bei der 10. Armee schon in Gang; wie es da steht, weiß ich nicht. Morgen kommt wieder einer bei der 5. Armee; das hört nicht auf.

Der Reichskanzler: Es kommt nun darauf an, daß die Maßregeln, die Sie empfehlen, den Angriffen einen solchen Riegel vorschieben, daß man politisch wieder frei arbeiten kann. Eure Exzellenz wissen, daß ich damals nicht für die Friedensnote war, aber es wurde mir gesagt, jede Stunde kostet soundso viele hunderttausend Mann und jeder Augenblick könne eine Katastrophe herbeiführen. Exzellenz von Hintze ist mein Zeuge.

Exzellenz von Hintze: Das ist so, Euere großherzogliche Hoheit.

General Ludendorff: Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen.

Der Reichskanzler: Wenn Sie sagen, daß wir nach vier Wochen besser stehen, so sagen die Engländer, wenn es noch sechs Wochen dauert, so haben wir nicht mehr nötig, mit den Deutschen zu verhandeln. Jedenfalls tut die Entente alles, was sie kann, um unsere Verhandlungen mit Wilson in die Länge zu ziehen.

General Ludendorff: Die Verhandlungen in Berlin sind der Entente zu Ohren gekommen und haben die Angriffslust gewaltig erhöht. Aber das meine ich doch: jede militärische Stärkung der Front stärkt auch die Stellung Eurer Großherzoglichen Hoheit für den Friedensschluß.

Der Reichskanzler: Das ist richtig.

General Ludendorff: Ob die Stärkung rechtzeitig kommt oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich wiederhole, was kommt, kommt rechtzeitig.

Der Reichskanzler: Wie stark ist das Westheer?

Oberst Heye: Die Westfront zählt jetzt 191 Divisionen, davon 4 Oesterreicher und 7 aus dem Osten. Sie sind sehr verschieden an Stärke. 28 Divisionen haben nur Bataillonsstärken von ungefähr 200 bis 300 Mann. Die übrigen stehen sich ungefähr auf 400 bis 500.

General Ludendorff: Hätten wir da vollkräftige Bataillone, so wäre die Lage gerettet.

Der Reichskanzler: Durch die bisherige Aussprache sind die Fragen 1 bis 8, die wir zu stellen hatten, erledigt. Ich komme nun zur neunten Frage:

Wird durch eine Entblößung der Ostgebiete die Oelzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß wir zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Einstellung des U-Boot-Krieges gezwungen werden?

General Ludendorff: Das wird der Herr Kriegsminister beantworten.

Kriegsminister Scheuch: Dieser Punkt ist allerdings von größter Bedeutung. Wenn Rumänien uns nicht mehr zur Verfügung steht, können wir den Krieg noch anderthalb Monate weiterführen. Wir haben früher mit zwei Monaten gerechnet; das hat sich aber nicht bewahrheitet, da die Transportmittel geringer geworden sind und der Verbrauch sich erhöht hat.

Wie lange der U-Boot-Krieg beim Wegfallen der Oelzufuhr Rumäniens weitergeführt werden kann, weiß die Heeresverwaltung Rumäniens nicht, weil wir den Verbrauch der Marine nicht kennen. Die Ziffern der Marinebehörden über den Verbrauch durch die Automobile sind uns gestern zugekommen und noch nicht verarbeitet.

Es ist unbedingt nötig, daß die Oelbewirtschaftung bei Heer und Marine gemeinsam erfolgt. Wir müssen gemeinsam erwägen nicht nur, wie teilen wir? sondern auch, wie strecken wir? Das ist jetzt unklar. Ich bitte möglichst bald, wenn irgend tunlich heute nachmittag, in Verhandlungen hierüber einzutreten. Vielleicht wird auch die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab beizuziehen sein.

Wir gehen auch in bezug auf die Heimatwirtschaft ganz bedenklichen Verhältnissen entgegen. Wir sind nur noch für wenige Monate eingedeckt. Gestern ist im Reichswirtschaftsamt über die Frage verhandelt worden: wie können wir die Leuchtölmittel für die Heimat kürzen? Jede Kürzung wird natürlich sehr bedenklich sein, denn es gibt kaum noch Ersatz. In vielen Betrieben wird also die Beleuchtung einfach aufhören.

Aber auch hierüber kann ich nur ein klares Bild geben nach Einblick in die Verbrauchsziffern, Bestände, Deckungsmöglichkeiten und Streckungsmöglichkeiten der Marine.

Admiral Scheer: Bisher hat die Marine ihre Bestände selbst verwaltet. Erfolg: wir können den U-Boot-Krieg noch 8 Monate durchführen, auch ohne rumänische Bestände.

Aber ich stehe nicht an, einzuräumen, daß die Vorräte so verwaltet werden müssen, daß das Heer nicht eher zu Ende ist als die Marine. Wir müssen beide zusammen den Krieg zu einem glücklichen Ende bringen. Ich bin ganz bereit mitzuarbeiten, daß der eine Teil nicht der *beatus possidens* ist, wenn es beim anderen schon zu Ende geht.

Staatssekretär von Mann: Ich bin ganz derselben Meinung. Ob und wie es zum Ziele führen kann, besondere Petroleumvorräte für die Zivilbevölkerung zu schaffen, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man etwa 10 v. H. der Bestände dazu verwenden; aber darüber fehlt mir das Urteil.

Der Reichskanzler: Auch ich weiß nicht, wie groß der Verbrauch des Heeres, der Marine, der Landwirtschaft im Verhältnis zueinander ist.

Unterstaatssekretär Göppert: Ich bitte auch die Zivilbevölkerung in die Bewirtschaftung einzubeziehen. 10 000 Tonnen monatlich hat man der Bevölkerung versprochen, das ist das Minimum. Wenn man die Bevölkerung im Winter leidlich ruhig halten will, muß das so bleiben. Als man im vorigen Winter 12 000 monatlich gab, lag die Beleuchtungswirtschaft auch schon in den letzten Zügen.

Der Reichskanzler: Wie lange kann die Armee, die Marine und die Heimat aushalten in dem Moment, wo die Oelversorgung aus Rumänien ausfällt? Die Antwort auf diese Frage würde ich sehr gern in kürzester Frist haben. Wann kann ich sie bekommen?

Kriegsminister Scheuch: Heute nachmittag werden die Feststellungen getroffen.

Der Reichskanzler: Wenn man mir sagt: die Heimat kann noch ein paar Monate, das Heer noch anderthalb Monate, die Marine noch acht Monate auskommen, so habe ich kein Bild. Das muß auf den gleichen Nenner gebracht werden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um an Exzellenz Göppert noch eine Frage über die Wichtigkeit der Ukraine für die Versorgung zu richten. Ist angesichts der Lage an der Westfront die weitere Besetzung der Ukraine durch zwölf deutsche Divisionen durch das Bedürfnis der deutschen Versorgung zu rechtfertigen?

Vizekanzler von Payer: Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ist soeben eingetroffen.

Der Reichskanzler: Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Frage zu beantworten.

Staatssekretär von Waldow: Wenn die Frage so gestellt ist, kann ich sie glatt verneinen. Wir haben die Lebens- und Futtermittel der Ukraine in unseren Wirtschaftsplan nur eingestellt als Notbehelf und zur Ver-

besserung der Lage. Handelt es sich aber darum, ob der Verzweiflungskampf aufgenommen werden muß, so können wir auch auf die Ukraine verzichten und werden dann versuchen, durch Schmuggel unsere Bestände zu vermehren.

General Ludendorff: Ich weise nochmals darauf hin, daß jetzt aus den Ostgebieten ungefähr eine Million Menschen ernährt werden, die wir dann selbst verpflegen müßten.

Staatssekretär von Waldow: Dann müßte mir zuvor angegeben werden, welche Verpflegungssätze, welche Quantitäten in Frage kommen.

General Ludendorff: Ich werde den Generalquartiermeister veranlassen, die Frage mit Ihnen einwandfrei zu klären. Uns hat das Kriegs-ernährungsamt wiederholt gesagt, wir müßten die Ukraine halten. Darüber muß einwandfrei Klarheit herrschen. Brauchen wir die Ukraine nicht, um zu leben, so handelt es sich nur um so viele Truppen, um die Gefahr des Bolschewismus von den Grenzen zu halten.

Staatssekretär von Waldow: Als ich die Notwendigkeit der Ukraine bejahte, war die Lage eine ganz andere.

General Ludendorff: Wenn wir die Ukraine aufgeben, kommt unsere Viehwirtschaft zum Erlahmen. Die Frage ist aber nicht so eilig. Es rollen Truppen von Oesterreich nach Rumänien auch aus der Ukraine. Es müssen nur grundsätzlich klar Entschlüsse gefaßt werden.

Unterstaatssekretär Göppert: Ein Kommissar aus Kiew, den ich vor einer Stunde gesprochen habe, bestätigte mir, daß eine Hoffnung, größere Mengen Getreide in diesem Winter aus der Ukraine herauszubekommen, nicht besteht. Auch die Preise werden das verhindern. Man zahlt jetzt schon 3000 Rubel für Auch die Menge der anderen Lebensmittel ist nicht so groß, daß sie für die Ernährung des deutschen Volkes wesentlich in Betracht käme. Dagegen herrscht die Ueberzeugung, daß das Zurückziehen der deutschen Truppen sofort das Aufflammen des Bolschewismus mit allen seinen Folgen nach sich ziehen würde. Der Kristallisationspunkt für eine Beruhigung der russischen Gärung würde verschwinden, ganz Rußland wäre dem Bolschewismus ausgeliefert, unsere Anknüpfungen in Südrußland zerreißen. Das muß doch auch erwogen werden.

Der Reichskanzler: Das Auswärtige Amt hat Schritte getan, um uns Rumänien zu sichern, aber es ist möglich, daß Rumänien vorzieht, unsere Zerschmetterung abzuwarten. Will man Rumänien im Notfall zwingen?

General Ludendorff: Mit dem Auswärtigen Amt haben wir die Gefahr erkannt und ihre Haltung erörtert. Am 10. Oktober schlugen wir vor, Rumänien gemeinsam mit Oesterreich zu zwingen. Oesterreich wollte nicht. An sich hatten wir genug Truppen, einige kommen langsam aus Ungarn heran, dazu zwei Divisionen Oesterreicher und eine Kavalleriedivision aus der Ukraine, die General von Arz herangezogen hat. Die

rumänische Armee allein wird nicht losschlagen, nur wenn Ententetruppen in größerer Zahl zu ihr stoßen. Solche Truppenbewegungen sind jetzt im Gange. Eine wird jetzt über Nisch in Richtung auf Belgrad angesetzt, eine andere, wie es scheint, über die Marizza-Mündung gegen Konstantinopel. Soweit ich die Lage nach den eingegangenen Nachrichten überhaupt einschätzen kann, ist für die nächste Woche nichts zu besorgen.

Der Reichskanzler: Ich bitte das Auswärtige Amt, sich dazu zu äußern.

Staatssekretär Solf: Ich bin nicht orientiert.

Graf Roedern: Kann die Donaufront forciert werden?

General Ludendorff: Wenn Konstantinopel fällt, kommt die englische Flotte ins Schwarze Meer, und dann ist Rumänien nicht zu halten. Es ist aber doch vom Auswärtigen Amt alles getan, um Rumänien bei der Stange zu halten?

Unterstaatssekretär von Stumm: Sobald die Entente militärisch an Rumänien herankommt, können wir es nicht mehr halten.

General Ludendorff: Das ist auch meine Ansicht.

Der Reichskanzler: Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie steht es mit den Reserven der Entente?

Oberst Heye: Vorige Woche hatten die Franzosen 40, die Engländer 25, die Amerikaner 18, die Italiener 1, dazu kommen noch Portugiesen, Polen und andere Hilfstruppen, im ganzen 87 Divisionen Reserven von der Gesamtstärke von 220 Divisionen.

General Ludendorff: Wir haben 191 Divisionen an der Westfront, die Zahlen der Divisionen sind also nicht einmal so sehr verschieden, wohl aber die Stärken. Die französische Division ist auch nur schwach, nicht wesentlich höher wie unsere, die englische ist stärker und die 40 amerikanischen sind recht stark. Die Ueberlegenheit an Menschen, über die die Entente gegen uns verfügt, drückt sich also in den Zahlen der Divisionen nicht hinreichend aus.

Der Reichskanzler: Die elfte Frage lautet: Wie lange ist noch mit Großangriffen an der Westfront zu rechnen?

General Ludendorff: Das kann weitergehen, kann aber aufhören, ich weiß es nicht.

Der Reichskanzler: Besteht die Wahrscheinlichkeit einer Ueberführung weiterer Italiener an die Westfront?

General Ludendorff: Die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit. Die Kriegsmüdigkeit in Italien ist sehr groß.

Graf Roedern: Ist ein Angriff der Italiener über Oesterreich gegen Deutschland ausgeschlossen?

General Ludendorff: Physisch unmöglich ist er nicht; sie können durch Tirol; aber wir brauchen jetzt nicht damit zu rechnen. Sonst

machen wir uns noch mehr Angst als wir schon haben. Wenn Italiener gegen Deutsche fechten, so wird das wohl nur an der Westfront geschehen.

Der Reichskanzler: Müssen wir eine neue Ostfront bilden?

General Ludendorff: In Serbien stehen drei Divisionen und zwei österreichische, dazu sind die (?) Truppen an die Donau gekommen. Augenblicklich ist keine Gefahr. Nach acht Tagen kann es anders sein.

Der Reichskanzler: Ich denke an die Ostfront gegen Rußland.

General Ludendorff: General Hoffmann meint, eine kampffähige Truppe wird uns da nicht mehr gegenüberreten; aber wir müssen die Grenzen sperren und uns gegen Banden wehren. Vielleicht schwillt nun, wenn wir die Ukraine räumen, den Bolschewiken der Kamm, so daß sie uns den Krieg erklären. Aber an eine kampffähige Rote Armee glaube ich nicht.

Der Reichskanzler: Die Sperre ist aber nicht dicht, es kommen doch Hunderte durch.

General Hoffmann: Ja, mit und ohne Paß, mit richtigen und falschen.

Der Reichskanzler: Aber ein militärischer Durchbruch ist nicht zu befürchten?

General Ludendorff: Nein, militärisch glaube ich nicht daran.

Der Reichskanzler: Eine weitere Frage: Wie viele Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?

Oberst Heye: Nach dem Durchschnitt der letzten Monate: 250 000.

General Ludendorff: Im April, Mai und Juni waren es 350 000.

Der Reichskanzler: Hat ihre Zahl seitdem nicht mehr zugenommen?

Oberst Heye: Im Anfang des Jahres war die Zahl viel geringer, etwa 85 000 monatlich, dann kam der starke Aufstieg bis zum Hochsommer, seitdem sind es jedenfalls nicht mehr geworden.

Der Reichskanzler: Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?

Oberst Heye: Die amerikanische Heeresleitung berechnet die Truppenzahl jetzt auf 1 200 000, für das nächste Frühjahr rechnen sie mit 2 300 000 Kämpfern.

Der Reichskanzler: Und ist das entsprechende Material da?

Oberst Heye: Ja, wenn es so weiter geht, wie bisher, kann man damit rechnen. Die Amerikaner sind in ihren Angaben immer wahr gewesen.

Der Reichskanzler: Auf wie hoch darf man die Frontstärke der Feinde im Westen jetzt schätzen?

Oberst Heye: Bei den Franzosen ist sie stark verringert, bei den Engländern wird sie sich auf derselben Höhe halten, weil sie vorläufig noch

Ersatztruppen aufstellen können, bei den Amerikanern wird sie sich vermehren.

General Ludendorff: Die Ersatzfrage ist sehr schwer zu beurteilen. Voriges Jahr hatten die englischen Divisionen noch zwölf Bataillone, heute nur noch neun. Es hängt sehr davon ab, wie die wirtschaftlichen Interessen liegen. Nach der Niederlage im März mußte zum Beispiel England die Kohlenarbeiter einziehen; zieht es jetzt wegen der Kohlennot die Leute wieder heraus, so schwächt das natürlich die Front. Auch politische Momente spielen mit; bis jetzt können sie die Irländer nicht einstellen, das Wehrgesetz geht da zunächst nicht durch.

Der Reichskanzler: Also wir können bis nächstes Frühjahr 600 000 bis 700 000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1 100 000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?

General Ludendorff: Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie im höchsten Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.

Der Reichskanzler: Eure Exzellenz haben bis jetzt nur die Zahlen der Menschen erwähnt; aber es ist auch das Material zu bedenken, Flugzeuge, Tanks und anderes.

General Ludendorff: Die Flieger der beiden Heere verhalten sich schon jetzt wie 1 : 3. Trotzdem ist die Ueberlegenheit bei uns. Die Angaben über Feindverluste, die wir machen, bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück, wie wir später oft an den feindlichen Nachrichten feststellen können. Alles das schreckt mich nicht.

Der Reichskanzler: Und die Tanks nächstes Frühjahr?

General Ludendorff: Ich hoffe, daß, wenn unsere Infanterie wieder zu Kräften kommt, auch der Tankschrecken, der schon einmal überwunden war, und wiedergekommen ist, nochmals überwunden wird. Er kam mit aller Kraft wieder am 8. August, durch den Nebel und wer weiß was sonst. Ist aber die Stimmung der Truppen wieder hergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und die Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen. Es lockt auch aus materiellen Gründen, denn in den Tanks gibt es immer gute Verpflegung. Wir konnten nur nicht Schritt halten in dem Bau von Tanks, weil wir zuerst Lastautos bauen mußten; aber bis nächstes Frühjahr werden wir darin weiter sein.

Graf Roeder: Ich nehme an, daß, wenn wir eine gewisse Ruhepause haben, die Lage sich bessert, oder ist das Urteil des Generals Luden-

dorff auch dann gültig, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Monaten kämpfend von unserer Linie auf der Westfront zurückgehen müssen?

General L u d e n d o r f f : Das kommt auf das Tempo an; jeder Rückzug kostet um so mehr Gefangene und Material, je rascher er vor sich geht. Bei dem langsamen Zurückgehen der 3., 1., 7. und 18. Armee sind so gut wie keine Einbußen an Menschen und Material gewesen; wenn wir aber ausweichen müssen, wie bei der 17. und 2. Armee, dann ist es eine erhebliche Schwächung. Wir verkürzen uns außerordentlich, aber die Lebensbedingungen der Armee, das was sie zum Handeln braucht, Munition usw., das wird erheblich verschlechtert, weil wir unser Industriegebiet den feindlichen Fliegern aussetzen.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen kommen, so bedeutet schon die Zusage der Räumung an sich eine wesentliche Verschlimmerung der militärischen Lage.

Kriegsminister S c h e ü c h : Daß die Zurückführung des Heeres auf den heimatlichen Boden eine außerordentliche Schwächung des Heeres bedeutet, ist zuzugeben, nicht nur wegen der geringeren Möglichkeit der Herstellung alles dessen, was das Heer zum Kampf nötig hat, sondern auch im Hinblick auf die Stimmung und den Gehalt der Truppe. Eine enge Verbindung mit der Heimatbevölkerung, die niedergedrückt ist durch die starke Belegung, drückt das Heer nieder. Es würden an der ganzen Grenze dieselben Bedingungen eintreten wie jetzt im Elsaß und noch schlechtere. Auch die Lebenshaltung der Bevölkerung selbst würde sehr herabgedrückt.

Admiral S c h e e r : Ich habe schon gestern gemeldet, wie der Stand bei der Marine ist, muß aber wohl auch hier ein Bild von den Verhältnissen der Flotte geben, weil es darauf ankommt, ob man den Waffenstillstand unter den Bedingungen bekommen soll, die Wilson stellt.

In den beiden letzten Jahren hat sich die Flotte nur in den Dienst des U-Boot-Krieges gestellt und sich dabei völlig gefechtsbereit gehalten. Wenn uns die Arbeiterverhältnisse verbessert werden, können wir den Bau der Unterseeboote auf das Doppelte, ja das Dreifache erhöhen. Nun geht die Forderung Wilsons dahin, daß wir den U-Boot-Krieg einstellen sollen. Wenn wir dem nachgeben, würde ein ganz erhebliches Druckmittel preisgegeben ohne eine Gegenleistung für die Annahme des Waffenstillstands bei der jetzigen Stellung. Denn da ist doch die Lage so, daß das Heer standhalten kann. Deshalb brauchen wir auf die zweite Wilsonsche Bedingung nicht einzugehen.

Der R e i c h s k a n z l e r : Damals sprachen Eure Exzellenz von 40 000 Arbeitern, die nötig wären. Können Sie die bekommen, wenn der Kriegsminister 600 000 Mann anbietet?

Admiral S c h e e r : Bis zum 1. Dezember brauchen wir nur 15 000 bis 16 000 Mann.

Der R e i c h s k a n z l e r : Und bis wann brauchen Sie die 40 000?

Admiral Scheer: Erst bis in den Sommer. Wir können schon mit den ersten 16 000 Mann die monatliche Ablaufziffer von 10 auf 16 steigern.

Der Reichskanzler: Als letztes Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben:

Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die Euere Exzellenz vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann Euere Exzellenz der Anschauung, daß wir dann im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist als die, in der wir uns augenblicklich befinden? Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen und der wir fest ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt?

General Ludendorff: Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage.

Admiral Scheer: Man steht wohl allgemein unter dem Eindruck, daß der Feind den U-Boot-Krieg sehr erheblich spürt, namentlich Italien. Das wird sich in nächster Zeit noch steigern, besonders auch gegenüber Amerika. Wenn wir aber die Bedingungen annehmen, die uns gestellt worden sind, geben wir das alles aus der Hand.

Der Reichskanzler: Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Heeresleitung nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Beantwortung der Note Wilsons.

Admiral Scheer: Unsere Lage wird sich bessern, weil die der Gegner sich verschlechtern wird. Deshalb sollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

Graf Roedern: Es ist schon so oft gesagt worden, daß sich die Lebenshaltung unserer Feinde verschlechtert hat, aber wir haben wenig davon gemerkt, daß das den Krieg beeinflußt hat. Wird das jetzt so viel anders sein? Wird dabei berücksichtigt, daß für uns die flandrische Küste wegfällt, daß Oesterreich jetzt zum Frieden kommt und wir damit die U-Boot-Basis im Mittelmeer verlieren? Kann die Steigerung der U-Boot-Erzeugung das ausgleichen?

Admiral Scheer: Der Ausfall der beiden U-Boot-Basen in Flandern und im Mittelmeer hat auf unseren U-Boot-Krieg nach meiner Auffassung und der meiner Mitarbeiter keinen Einfluß. Im Gegenteil, je mehr wir uns auf die Umgebung der Britischen Inseln konzentrieren, desto wirksamer ist der Krieg. Bisher haben wir, wenn auch nur unter großen Anstrengungen, die Fahrt nach England offen gehalten.

Ich kann freilich nicht sagen, in der und der Zeit ist der Gegner zusammengebrochen. Es kommt darauf an, die Wirkungen, die schon vor-

liegen, zu verstärken und den Gegner dauernd unter Druck zu halten, dann wird sich die politische Wirkung schon bemerkbar machen.

Graf Roedern: Man hat der Marineleitung, gewiß mißverständlich, nachgesagt, daß sie bestimmte Zusagen wegen der Wirkung des U-Boot-Krieges gemacht habe, aber eine Zusage ist sicher gemacht worden, nämlich darüber, daß man die Zufuhr amerikanischer Truppen verhindern könne. Gerade diese Zusage ist nicht gehalten worden. Der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamts beantwortet die Frage danach ungefähr dahin: die amerikanischen Truppen sollen nur kommen, sie bilden willkommene Angriffspunkte für uns. Das hat sich doch als durchaus irrtümlich erwiesen.

Sind dann die Einwirkungen auf die englische Wirtschaft noch so hoch zu bewerten? Sobald die Amerikaner sich entschließen, statt 250 000 Mann nur noch 150 000 Mann monatlich zu schicken, wird die Versorgung Englands erheblich erleichtert. Es muß da eine Fehlerquelle liegen. Liegt sie vielleicht darin, daß das Tempo des amerikanischen Schiffbaus unterschätzt worden ist?

Admiral Scheer: Ich kenne die Erklärung des Staatssekretärs nur aus den Zeitungen. Ich weiß nur, daß er die amerikanischen Truppen nicht hoch eingeschätzt hat, wahrscheinlich, weil er ihre Unterhaltung auf französischem Boden für schwierig ansah. Man kann die U-Boote nicht nur auf Transportschiffe ansetzen, sie müssen ihre Torpedos da brauchen, wo sie den meisten Schiffsraum vernichten.

(Der Reichskanzler übergibt den Vorsitz an den Vizekanzler.)

Vizekanzler von Payer: Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Liegen die Gründe dafür auf militärischem Gebiet?

General Ludendorff: An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angebissen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. An dieser Stelle hat sich die Kampffront der Entente nicht auf der Höhe gezeigt wie bisher.

Dazu kommt, daß die Amerikaner starke Grippe haben. Allerdings fängt sie auch bei uns an zu grassieren, und zwar in einer sehr bösen Form. Unsere Truppe ist müde, und der müde Mensch erliegt der Seuche leichter als der frische.

(Der Reichskanzler übernimmt den Vorsitz wieder.)

Der Reichskanzler: Die Lage ist also nicht mehr dieselbe wie sie am 5. Oktober war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun.

General Ludendorff: Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: Erkämpft euch solche Bedingungen.

Der Reichskanzler: Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?

General Ludendorff: Schlechtere gibt es nicht.

Der Reichskanzler: O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.

General Ludendorff: So weit sind wir noch nicht.

Graf Roedern: Es ist bisher nur von Sieg oder Niederlage gesprochen worden. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: wir gehen langsam zurück. Das ist das Wahrscheinlichste, wenn wir einen Durchbruch der Feinde nicht zu befürchten haben. Ich halte auch nicht für wahrscheinlich, daß wir die Feinde zurückwerfen. Also angenommen, wir gehen zurück, wir füllen auf, unsere Widerstandskraft wird gestärkt: wird dann Amerika veranlaßt, uns bessere Bedingungen zu stellen? Amerika weiß, daß wir unsere letzten Reserven verbrauchen; es wird seine Zeit abwarten.

General Ludendorff: Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich habe eine Agentenmeldung, daß in England und Frankreich ernste Befürchtungen auftreten, der Krieg könnte den Monat überdauern, Deutschland wird die Entente noch auf feindlichem Boden zum Stehen bringen. Die Furcht vor einem Umschlag der Lage ist dort sehr groß.

Staatssekretär Solf: Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten, wie die Note, die wir an Wilson zu richten haben, nach Ton und Inhalt zu fassen ist. Für diese Aufgabe bin ich durch die Ausführungen von Exzellenz Ludendorff nicht wesentlich besser vorbereitet als vorher.

Zu Anfang dieses Monats ist die politische Leitung des Reiches von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten und Frieden vorzuschlagen. Gegen den Willen und gegen die Auffassung des Reichskanzlers hat er sich entschließen müssen, diesen Schritt mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Dann kam die Gegenfrage und auch damals ist an der Auffassung festgehalten worden, daß in unserer Antwort an den von uns vorgeschlagenen Bedingungen einfach festzuhalten sei. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen, die uns vor schwere Entschlüsse stellt, und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß, wenn wir die nächsten vier Wochen überdauern, wir sogar viel besser dastehen als bisher.

Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb geht jetzt, was vorher für unmöglich erklärt worden war?

General Ludendorff: Ich habe immer den Menschenmangel als das Wichtigste dargestellt. Heute höre ich, daß der Mangel nicht so groß ist, wie ich angenommen hatte. Heute höre ich, daß ich in absehbarer Zeit 600 000 Mann bekommen kann. Weshalb ich sie nicht früher bekommen konnte, darüber will ich nicht sprechen. Kann ich sie jetzt bekommen, so hört die Vereinsamung der Armee auf. Trotz der unglücklichen Ereignisse ändert sich die Lage, weil zugleich die Kampfkraft des Feindes nachläßt.

Nach wie vor glaube ich, daß wir die Waffenstillstandsverhandlungen, wenn es irgend geht, erreichen müssen. Aber nur solche Waffenstillstandsverhandlungen dürfen wir annehmen, die eine geregelte Räumung des Landes gestatten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Und dann dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich erscheinen lassen. Daß dies die Absicht ist, muß man aber nach der Note annehmen. Die Bedingungen sollen uns außer Gefecht setzen. Bevor wir uns auf weiteres einlassen, muß der Feind einmal sagen, was denn eigentlich seine Bedingungen sind.

Nicht kurzer Hand mit Wilson abbrechen. Im Gegenteil: „Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings nein.“

Damit verlasse ich den bisherigen Boden nicht. Ich bitte nur, die Maßnahme, die der Kriegsminister vorgeschlagen hat, rasch durchzuführen.

Staatssekretär Solf: Diese Maßnahme war doch auch damals schon in Aussicht genommen.

General Ludendorff: Seit dem April und viel länger noch kämpfe ich um Menschen. Sie sind mir nicht gegeben worden. Es ist doch eine Tatsache, daß wir 70 000 Mann monatlich zu wenig bekommen. Hört dieses Defizit auf, und die Kampfkraft des Feindes läßt nach, so braucht man nicht alle Bedingungen anzunehmen.

(Folgt Beratung anderer Fragen)

**Besprechung der Staatssekretäre am 17. Oktober 1918
nachmittags 5 Uhr**

Protokollauszug

Anwesend:

Exzellenzen von Payer,
Friedberg,
von Waldow,
Haußmann,
Groeber,
Scheidemann,
Scheüch,
Solf,
Graf Roedern,

Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Direktor Deutmoser,
Geheimräte Simons,
von Schlieben,

Später: Seine Großherzogliche Hoheit der Herr Reichskanzler,
Exzellenz Ludendorff,
Oberst Heye

pp. Es erscheint mit Oberst Heye der General Ludendorff, an welchen Exzellenz von Payer die Frage richtet, wie die in Oesterreich zu erwartende Katastrophe voraussichtlich auf unsere militärische Lage wirken würde.

Ludendorff: Nach Nachrichten des Generals v. Cramon sei der Geist der österreichischen Armee überraschend gut. Der Abfall von Oesterreich würde natürlich sehr ungünstig wirken, ob allerdings auf unsere Truppen, das sei sehr zweifelhaft, da auch der Abfall Bulgariens auf diese keinen besonderen Eindruck gemacht habe. Gleichwohl befürworte er, mit Rücksicht auf den zu befürchtenden Abfall Oesterreichs, die Fortsetzung der Friedensverhandlungen. Er sehe jedoch die Lage in Oesterreich nicht so an, daß wir dadurch gezwungen würden, jede Bedingung anzunehmen. Durch den Abfall Oesterreichs würde allerdings die italienische Armee frei, das sei natürlich schlimm. Schließlich sei aber dann immer noch Zeit, klein beizugeben.

Graf Roedern möchte wissen, ob militärischerseits große Befürchtungen deshalb gehegt würden, weil etwa einer der neuen Staaten in

*) Anmerkung bei der Herausgabe: General Ludendorff hat nachträglich das Protokoll im einzelnen nicht anerkannt, den Grundgedanken aber als richtig wiedergegeben bezeichnet (Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 129).

Oesterreich gegen uns gehen könnte und ob wir dagegen nicht Sicherungsmaßnahmen treffen müßten.

Ludendorff schätzt diese Gefahr militärisch nicht hoch ein, dagegen sei der Abfall Oesterreichs wirtschaftlich sehr schlimm, weil dann Bayern und Sachsen keine Braunkohlen mehr von dort bekämen.

von Payer: Sei es nicht möglich, daß, wenn neue militärische Mißerfolge eintreten, wir die Front nicht mehr halten könnten, daß wir dann sofort Frieden schließen müßten?

Ludendorff: Wäre die Front so gesichert, daß man absolut nichts zu befürchten hätte, dann wäre die ganze Aktion von uns nicht gemacht worden. Er habe ja jetzt auch wieder ausdrücklich erklärt, daß die Aktion fortgesetzt werden solle. Wir würden vielleicht gezwungen sein, noch mehr zurückzugehen. Daß eine Katastrophe eintrete, befürchte er jedoch nicht. Werde aber trotzdem die Lage schlechter, dann müsse eben der angespannte Faden weiter fortgesetzt werden. Jetzt müsse man aber die Lage mit etwas mehr Ruhe auf Grund der letzten Kriegserlebnisse ansehen. Wenn wir tatsächlich geschlagen werden sollten, so müßten wir eben sofort kapitulieren. Gefährlich könnte es werden, wenn wir bei Verdun eine Niederlage erlitten, sonst sehe er die Gefahr nicht für so groß an.

Solf: Die Frage sei, ob wir eine etwas heftigere Antwort wählen dürften, die unserer Würde entspräche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe. Können wir dies verantworten?

Ludendorff: Ja, wir können es verantworten.

Scheuch weist darauf hin, daß die von ihm zugesagten Ersatzmannschaften erst nach und nach kommen könnten, womit sich Exzellenz Ludendorff einverstanden erklärt und nur bittet, ihm sofort 75 000 Mann zu stellen.

Graf Roedern weist darauf hin, daß Oberst Heye vor einiger Zeit gesagt habe, es könne sein, daß wir bis zum Frühjahr die Front hielten, aber es könne auch täglich zum Durchbruch kommen. Vor einigen Tagen habe es an einem Faden gehangen, daß der Durchbruch gekommen wäre; die Truppen hätten keine Ruhe mehr.

Ludendorff: Durch Zurückziehung ersparen wir Truppen, da die Front kürzer wird.

Belasten wir die neue Note mit einer schärferen Tonart und schnappt darauf Wilson ab, so sehen wir daraus, daß er es niemals ehrlich gemeint hat.

Der Reichskanzler bestreitet das letztere. Nach eingegangenen Nachrichten will Wilson Frieden, wird aber durch England und Frankreich bedrängt.

Wir müssen uns klar sein, daß, wenn wir die Note so beantworten, wie beabsichtigt, Wilson dann schwerere Bedingungen stellt.

Ludendorff spricht sich dafür aus, daß Wilson aufgefordert werde, sich über die Bedingungen zu äußern. Die Note müsse jetzt der Prüfstein

sein, ob er es ehrlich meint und ob er auch die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen.

v o n W a l d o w weist darauf hin, daß die Nahrungsmittelversorgung durch große Transporte an die Front sehr verschlechtert worden sei; auf längere Zeit sei das nicht zu ertragen.

L u d e n d o r f f bemerkt, daß er bereits mit dem Feldeisenbahn-Chef dieserhalb gesprochen habe und hofft, daß bald Besserung eintritt.

Oberst H e y e erläutert seine früheren Worte. Sein Urteil gehe dahin, an der Lage im großen habe sich nichts geändert; die Armee bedürfe der Ruhe, je eher diese eintrete, um so besser. Als die Oberste Heeresleitung sich zu dem Friedensvorschlag entschloß, ging man von der Ansicht aus, daß ehrenvoller Friede geschlossen werden könnte. Jetzt erst sehe man, daß es um Sein und Nichtsein ginge. Es müsse daher geprüft werden, ob der Entscheidungskampf nochmals aufgenommen werden könne. Die Unsicherheit der Lage bleibe für die Oberste Heeresleitung heute noch bestehen. Man könne nicht eine Garantie dafür übernehmen, daß die 18. Armee nicht eine starke Niederlage erleidet, aber in den letzten acht Tagen sei es gut gegangen. Allerdings werde der Gegner noch weiter stark angreifen, aber seine Kräfte seien doch geringer geworden, das zeigen jetzt die Kämpfe. Er würde den Versuch, uns zu schlagen, fortsetzen, mit Hilfe seiner Artillerie und zahlreicher Tanks. Dadurch entstehe großer Menschenverlust. Zögen wir uns kämpfend zurück, so müsse das Land zerstört werden, denn es müßte eine Sicherheitsgrenze zwischen dem Gegner und uns geschaffen werden.

Es sei möglich, daß der Feind in Lothringen angreife, dagegen seien Gegenmaßnahmen in Vorbereitung.

Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Stimmung der Armee würde gehoben werden, wenn unser Angebot durch die Entente zurückgewiesen werden würde; es würde dies einen Auftrieb an moralischer Kraft geben. Den Entscheidungskampf müßten wir annehmen, wenn die Bedingungen, die uns gestellt würden, entehrende seien.

Die Aussichten für Haltung der Front im Elsaß seien gut. Die erste Linie hielten ältere Truppen, die zweite allerdings nur abgekämpfte Truppen. Es komme also nur darauf an, wie lange der Kampf dort dauere.

L u d e n d o r f f: Es zeige sich hier bei den älteren Truppen der Gehalt einer guten Friedensschule. Alte Leute zeigten den Wert der guten Friedensausbildung, daher habe er das Vertrauen, daß die Lothringer und Elsässer Front sich halten werden. Es sei auch zu berücksichtigen, daß auch die Ententetruppen sehr stark abgekämpft seien.

Darauf verlassen Exzellenz L u d e n d o r f f und Oberst H e y e die Versammlung.

**Der Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur
in Belgien Gesandter v. d. Lancken an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr 10 Min. — Angekommen: 12 Uhr 35 Min.

Brüssel, den 17. Oktober 1918

Ganz geheim!

Am 10. Oktober meldete ich auf Grund der Aussagen eines wichtigen Vertrauensmannes, daß Wilson auf unsere als zustimmend erwartete Antwort in einer Weise replizieren würde, die seinen Willen erkennen ließe, er werde den Frieden nicht mit einem „Autokratismus“ unterzeichnen. Seine weitere Taktik werde dahin gehen, die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen herbeizuführen.

Gestern, nach Bekanntwerden der Wilson-Antwort vom 15., sagte mir dieselbe Persönlichkeit: „Sie sehen, daß ich Sie richtig informierte. Ich kann Ihnen sagen, daß die beiden Hauptpunkte (Beseitigung der Willkürherrschaft, Sicherstellung der Ueberlegenheit der alliierten Armeen), ohne deren Erfüllung der Präsident keinen Waffenstillstand zuläßt, folgenden Sinn haben:

1. Vorheriger Thronverzicht Seiner Majestät des Kaisers und des Kronprinzen. Vielleicht wäre dann Regentschaft durch den für den Zivildienst ausgebildeten Bruder des Kronprinzen möglich. Lassen Sie sich nicht erst schrittweise dazu drängen. Dann geht Zeit verloren, und Sie machen das Spiel der Franzosen und Engländer. Diese wollen durchaus nach Deutschland eindringen, worauf Wilson keinen Wert legt. Eine Angriffsbewegung, stärker als alle bisherigen, besonders an Material (Tanks), aber auch an Truppen, namentlich den vorsichtig ersparten Fochschen Reserven, ist fertig vorbereitet und soll bis zum 1. November einsetzen. Die Entente hat Informationen über den Zustand der deutschen Armeen, die den Alliierten den vollen Erfolg dieser Offensive völlig sicher erscheinen lassen.

2. Klarstellung der Ueberlegenheit der Ententetruppen etwa dadurch, daß diesen Truppen die Besetzung von Metz eingeräumt wird, zunächst ohne dadurch der künftigen Regelung der Gebietsfrage vorzugreifen.“

gez. Lancken

Nr. 59a*)

Der Reichskanzler an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg

Telegramm
Abgegangen: 10 Uhr 30 Min.

Berlin, den 18. Oktober

Dringend

Euer Exzellenz Telegramm vom 14. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Bevor ich zu den Anregungen Euer Exzellenz entscheidend Stellung zu nehmen vermag, ist die völlige Klärung unserer militärischen und politischen Lage erforderlich, der die gegenwärtigen Besprechungen dienen. Ist diese Klärung erfolgt und ist die Grundlage für unsere weiteren Entschlüsse festgelegt, so werden wir in der Lage sein, uns wegen der Mittel und Möglichkeiten der Einwirkung auf die Heimat schlüssig zu machen. Daß ich Euerer Exzellenz Sorge wegen der bedenklichen Stimmung des Volkes teile, bedarf keiner näheren Ausführung. Ich vermag mich aber der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß diese Stimmung wesentlich von der Gesamtlage bedingt ist und daher die Möglichkeiten der Einwirkung auf jeden Fall beschränkt sein werden.

gez. Reichskanzler Max Prinz von Baden

*) Neu aufgenommen.

Nr. 59b*)

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf
an den Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier
von Hintze**

Telegramm
Abgegangen: 1 Uhr 20 Min.

Berlin, den 18. Oktober 1918

Prinz Hohenlohe hat hier im Auftrage des Grafen Burian erklärt, daß baldiger Friedensschluß schon deshalb erforderlich, weil Entente durch Serbien nach Ungarn vorstoßen und uns so schließlich auch vom Süden bedrohen könne. Das Halten unserer Westfront genüge nicht allein.

Euere Exzellenz bitte ich, die Ansicht der Obersten Heeresleitung hierüber einzuholen.

gez. Solf

Randbemerkung von der Hand des Generals Ludendorff: „Oesterreich-Ungarn hat m. E. genügend Kräfte, die serbische Grenze zu halten, ob den Willen dazu, erscheint fraglich. Ich bin für baldige Absendung einer uns (unleserlich; deckenden oder rettenden?) Note an Wilson. Ludendorff. 19./X.“

*) Neu aufgenommen.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an alle Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos des Westens

Schreiben

Großes Hauptquartier, den 18. Oktober 1918

Durch Offizier!

Umstehend bringe ich eine mir auf vertraulichem Wege zugegangene Beurteilung der politischen Lage zur Kenntnis, die ich für zutreffend halte. Sie betont erneut die Bedeutung des Haltens unserer derzeitigen Stellungen für den Ausgang der im Gang befindlichen Verhandlungen. Es ist Sache der Armeen, ihre Fronten zu halten.

Unsere Eiaheitsfront im Innern kann jetzt als gesichert angesehen werden. Die Auslassungen der Presse aller Parteien mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten und Polen beweisen es. Das Kriegsministerium hat die Zuführung weiteren Ersatzes unter Heranziehung aller irgend entbehrlichen Kräfte der Heimat zugesagt.

Ich bitte mit aller Strenge dafür zu sorgen, daß alle frontverwendungsfähigen Mannschaften aus den Etappen und Wirtschaftsformationen der fechtenden Truppe zugeführt werden.

gez. von Hindenburg

„Es besteht zur Zeit großer Gegensatz Wilson—Foch. Wilson will einen Rechtsfrieden der Versöhnung und Verständigung. Foch will völlige Demütigung Deutschlands und Befriedigung der französischen Eitelkeit.

Jede Festigung der deutschen Front und der deutschen diplomatischen Haltung stärkt die Stellung Wilsons; jedes Zeichen militärischer und politischer Schwäche stärkt Foch.

Wilson erstrebt nur Nachgeben in zwei Punkten:

1. U-Boot-Krieg: keine Passagierdampfer mehr versenken.
2. Demokratisierung Deutschlands. (Keine Absetzung des Kaisers, nur konstitutionelle Monarchie; Stellung der Krone wie in England.)

Eine militärische Demütigung Deutschlands erstrebt Wilson nicht. Foch dagegen will mit allen Mitteln volle militärische Kapitulation und **Demütigung** **) (Befriedigung französischen Rachegefühls) erreichen.

Wer von beiden die Oberhand gewinnt, hängt einzig und allein von der Haltung Deutschlands ab. Steht die Front und halten wir uns diplomatisch

*) Neu aufgenommen.

**) Im Original gesperrt.

würdig, so siegt Wilson. Ein Nachgeben gegenüber Fochschen Forderungen bedeutet die Vernichtung Deutschlands und das Scheitern jeder Friedensaussicht.

Englands Stellung ist mehr vermittelnd. Die Hauptschwierigkeit für die Friedensaktion liegt bei Frankreich.

Scheitern die Verhandlungen durch Schuld der französischen Imperialisten, so wird dies voraussichtlich zum Zusammenschluß französischer Sozialisten, englischer Liberaler und Arbeiterpartei mit Wilson führen.

Erreichung des Verständigungsfriedens ist Wilson sehr erschwert durch das zeitliche Zusammenfallen der Demokratisierung und des Friedensschrittes. Dies wird als Schwäche ausgelegt und hat Fochs Stellung gestärkt. Freunde eines Rechtsfriedens raten uns jetzt, in alles mehr Stopp zu bringen, namentlich in unser Friedens- und Waffenstillstandsbedürfnis, und alles zu tun, damit die Front noch hält und die weitere Demokratisierung in ruhige, glaubwürdige Bahnen gelangt.“

Nr. 60

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf
an den Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier
von Hintze**

Telegramm
Abgegangen: 5 Uhr 30 nachm.

Berlin, den 18. Oktober 1918

Prinz Hohenlohe hat folgende Notiz übergeben:

„Notiz

Geheim

Graf Burian möchte anlässlich der an Deutschland gerichteten Note des Präsidenten Wilson nochmals die Folgen einer etwaigen Ablehnung zur Erwägung stellen:

1. Die Möglichkeit des Eingreifens Bulgariens und Rumäniens;
2. Ausspringen der Türkei;
3. Eingreifen der Entente flotte im Schwarzen Meer;
4. Einbrechen der Orientarmee der Entente in Bosnien und von dort nach Kroatien;
5. Erfolgreiche Offensive der Entente im Südwesten bei gleichzeitiger Aufrollung der Westfront.

Beeinflußt durch diese Umstände könnte es, wenn Deutschland es im Falle des Scheiterns der Verhandlungen auf einen weiteren Kampf ankommen ließe, möglicherweise zu einer Katastrophe führen*).

Berlin, den 18. Oktober 1918“

Staatssekretär

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Die ursprüngliche österreichische, von Unterstaatssekretär von Stumm abgeänderte Fassung lautet:

„Beeinflußt durch diese Umstände könnte ein letzter Verzweiflungskampf, wenn Deutschland es im Falle des Scheiterns der Verhandlungen darauf ankommen ließe, möglicherweise zur allergrößten Katastrophe führen.“

Nr. 60a*)

**Die Nachrichtenabteilung des Admiralstabes an die
Oberste Heeresleitung**
Telegramm

Berlin, 18. Oktober 1918

Erhalte 18. 10. abends folgendes Telegramm der Nachrichtenstelle des Admiralstabes in Antwerpen:

Hiesiger Mitarbeiter berichtet nach Aussagen Gewährsmannes mit besten Verbindungen zu amerikanischer Gesandtschaft Haag: Sichtbarer Umschwung in Aktion Wilson zurückzuführen auf militärische, in letzter Stunde in Washington sich fühlbar gemacht habende Einflüsse. Diese ausgehen hauptsächlich von britischer Marinemission, die vor 14 Tagen unter Leitung von Sir Maurice de Bunsen ankam, und französischem Gesandten Jusserand. Amerikanische Gesandtschaftskreise Haag durch Wilsons Note überrascht. Widerspruch zwischen Rede Lansings, die Friedensaussichten sehr günstig war und mit Zustimmung Wilsons gehalten wurde, und Wilsons Antwort nur dadurch erklärlich, daß die britischen Einflüsse unter französischer Beihilfe Oberhand gewonnen haben. Torpedierung Leicester während Notenwechsel verstimmte stark, wird agitatorisch sehr geschickt ausgenützt. Einzigste, hoffnungsvoll stimmende Tatsache ist die ungeheuer gewachsene Kriegsopposition französischer Sozialisten. Rückwirkung an Front bereits deutlich erkennbar, da französische Truppen nur mit größter Mühe ins Feuer gebracht werden. Sie verlangen Beendigung Kriegs, nachdem Deutschland Abtretung Elsaß-Lothringens zugesagt habe. Während englische Kreise deutschen Zusammenbruch als unvermeidlich betrachten, rechnet man in amerikanischen Kreisen mit gesteigerter moralischer Widerstandskraft deutscherseits. Gestern mittag aus Washington bei Gesandtschaft eingelaufene Nachrichten besagen, daß man mit günstiger deutscher Antwort rechnen könne und daß Wilson dann zu direkten Verhandlungen übergehen werde. Wert wird darauf gelegt, daß Wilson sich nur scharf über Bedingungen Waffenstillstands geäußert, aber nichts über Friedensverhandlungen gesagt habe. Note wird interpretiert, daß Foch noch Möglichkeit militärischer Erfolge gegeben werden soll. Man glaubt aber, daß, da Wilson bis jetzt nur noch von sich aus sprach, er bei positiven Zusicherungen den Ententestaaten seine Bedingungen zur Friedensverhandlung mitteilen würde. Diese sollen so gestellt werden, daß definitive Konferenz gesichert. Klare Beurteilung noch untunlich, allzugroßer Pessimismus nicht angebracht.

Admiral Scheer, Auswärtiges Amt und Reichskanzler haben gleiches Telegramm erhalten.

Admiralstab

*) Neu aufgenommen.

Nr. 61

Aufzeichnung einer telephonischen Mitteilung des Staatssekretärs a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier an das Auswärtige Amt

Zeit: 18. Oktober nachm.

Berlin, den 18. Oktober 1918

Herr von Hintze telephonierte mir, General Ludendorff ließe sagen, daß seine Stellungnahme von gestern abend durch die heutigen militärischen Ereignisse nicht verändert sei.

gez. v o n S t u m m

Nr. 62

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf
an den Kriegsminister General Scheüch**

Schreiben

Abgegangen: 18. Oktober nachmittags

Berlin, den 18. Oktober 1918

Geheim Persönlich

Sehr verehrte Exzellenz!

Ich habe mir die Frage, die wir gestern mündlich besprachen, noch durch den Kopf gehen lassen. Ich muß bei meiner Ansicht beharren: die Armeeführer müssen gehört werden. Auch auf die Gefahr hin, daß Hindenburg und Ludendorff die Befragung der Armeeführer zum Anlaß nehmen wollten, ihren Abschied einzureichen. Bestärkt werde ich in dieser Ueberzeugung durch Andeutungen von absolut einwandfreier Seite, wonach die gestern von General Ludendorff ausgesprochenen Hoffnungen auch in seiner Umgebung nicht geteilt werden. Die Entscheidung ist zu gewaltig, kann zu verhängnisvoll sein, als daß sie auf zwei Männer gestellt werden könnte. Wir sind verpflichtet, alles, was in unserer Kraft steht, zu tun und nichts zu unterlassen, um das Richtige zu treffen. Hindenburg und Ludendorff können ihren Abschied in der jetzigen Lage nicht erzwingen, und wenn sie es dennoch tun sollten, kann dem von Ihnen und einigen meiner Kollegen befürchteten Eindruck entgegengetreten und der wahre Grund ihres Rücktritts leicht klargestellt werden.

Die Befragung der Armeeführer hätte natürlich nicht vor unserer jetzigen Note an Wilson, sondern nach ihrer Beantwortung durch Wilson zu erfolgen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Euer Exzellenz sehr ergebener

gez. Solf,
Staatssekretär

Nr. 62a*)

**Die Kriegsnachrichtenstelle Antwerpen
an die Oberste Heeresleitung**

Telegramm

Antwerpen, den 19. Oktober 1918

Geheim!

Marinemeldung:

Nach Aussage eines Vertrauensmannes mit Verbindungen in der amerikanischen Gesandtschaft im Haag:

Allgemein neigt man in Ententekreisen zu der Ansicht, daß die deutsche Heeresleitung bereits im Rückzug auf die deutsche Grenze begriffen ist, und man gibt sich darüber wohl nur in englischen Kreisen einer Illusion hin, daß das *Débâcle* unvermeidlich ist, während man in amerikanischen Kreisen sehr wohl mit einer gesteigerten moralischen Widerstandskraft rechnet. Immerhin glaubt man auch in diesen Kreisen, wenn es jetzt nicht zu einem Waffenstillstand kommen sollte, nur noch an einen sechs- bis achtmonatigen Krieg.

Die Amerikaner verlangen vor allem, daß die Hohenzollerndynastie abdanke, da man mit ihr, die alte Verträge nicht gehalten, keine neuen abschließen könne.

Inzwischen gehen die Kriegsvorbereitungen weiter. Nach Angaben von Prof. van Oppen, Sachverständiger für die Handelsmarine, sollen die Schiffsneubauten im September in Amerika sich auf 328 457 Brutto-Registertonnen belaufen, wovon 48 Schiffe aus Holz, alle übrigen aus Stahl gebaut sind. Das Schiffsfahrtsproblem bildet auch heute noch die Kardinalfrage, und die während des Notenwechsels neu erhobene Forderung der Auslieferung der deutschen Flotte ist deshalb durchaus nicht als Zufall anzusehen. Die American Steamship Association, die 60 große Reedereien unter ihren Mitgliedern vereinigt, betreibt seit langem Propaganda für diese Pläne.

gez. Unterschrift

*) Neu aufgenommen.

Nr. 62b*)

**Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr
von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. im Grossen
Hauptquartier von Hintze**

Telegramm

Abgegangen: 20. Oktober 12 Uhr 30 vorm.

Berlin, den 19. Oktober 1918

Kaiserlicher Geschäftsträger Haag telegraphiert unter dem 16. d. M.:
Vertrauensmann berichtet:

1. Nach Ueberzeugung hiesiger Stellen, welche durch Nachrichten aus anderen Ententelagern Bestätigung findet, läuft Wilsons Absicht auf Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen hinaus. Absicht der Note sei es nach hiesiger Auffassung, dadurch dem Frieden näher zu kommen, daß Wilson durch Ausschaltung starker psychologischer Hindernisse, wie Autokratie und Greuel, seine sehr schwierige Stellung den Verbündeten gegenüber stärkt. Auch ergebe sorgfältige Prüfung des Satzes „it must be clearly and . . .“; daß die Modalitäten des Waffenstillstandes und der Räumung Deutschland nicht einfach diktiert, sondern, daß Verhandlungen hierüber zugelassen werden sollen. Andernfalls würde der Passus „that an arrangement can be accepted“ nicht zu verstehen sein. Nach dem Wortlaut der Note sei es dagegen unklar, ob die Verhandlungen nach Wilsons Auffassung seitens der deutschen Regierung wie bisher mit ihm — wobei er seine militärischen Ratgeber hinzuziehen würde — oder unmittelbar zwischen den Abgesandten der beiden Heeresleitungen geführt werden sollten. Es wäre in der Antwort anzuerkennen, daß Wilsons Forderungen entsprechend durch die Bedingungen einer Aufrechterhaltung der militärischen Lage verbürgt werden sollen: zugleich wäre um Rückäußerung zu ersuchen, auf welchem Wege die Verhandlungen praktisch eröffnet werden sollen. Anderen Quellen entstammenden Nachrichten zufolge ist anzunehmen, daß wir alsdann von Wilson an Foch verwiesen würden.

2. In seiner Note übergeht Wilson die Frage, ob die Alliierten seine Programmpunkte annehmen. Da nach Ansicht hiesiger Stelle Wilson augenblicklich mit den Verbündeten verhandelt, um ihre Zustimmung zu erhalten, wäre es besser, jetzt nicht auf diesen Punkt zurückzukommen. Zu erwägen bleibt, ob diese Frage nicht vor Abschluß des Waffenstillstandes völlig zu klären wäre.

3. Bezüglich des U-Boot-Krieges fordern Gründe unseres Prestiges, daß er nach außen hin auf Kreuzerkrieg beschränkt, in der Tat aber soweit eingestellt wird, daß weitere unglückliche Zufälle vermieden bleiben.

*) Neu aufgenommen.

4. Hinsichtlich der die Greuel betreffenden Vorwürfe erfordere es die Rücksicht auf die angelsächsische Psyche unter allen Umständen, daß Deutschland nicht einfach die Beschuldigung hinnehme oder wohl womöglich durch Entschuldigungen auszuschalten strebe; solches sei wirkungslos. Dagegen sei ein Passus des Inhalts zu empfehlen, daß seitens der deutschen Regierung die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten darauf gelenkt werde, daß Präsident Wilson am und am gewisse Maßregeln der englischen Blockade als unmenschlich und völkerrechtswidrig bezeichnet hat, Maßregeln, welche die Greuel des Hungertodes von Zehntausenden von Frauen und Kindern, Greisen und Schwachen zur Folge gehabt haben.

Was die Greuel zu Lande anbetreffe, so sei darauf aufmerksam zu machen, daß Befehle zur Vermeidung aller nicht durch Kampf selbst bedingten Zerstörungen gegeben sind, sowie nur das der Heeresverwaltung gehörige Material mitzunehmen sei. Dagegen seien Hunderttausende französische und belgische Einwohner auf der Flucht und im tiefsten Elend, um sich vor Fliegern und Geschützen der Verbündeten zu retten.

Deutschland habe Holland ersucht, für diese Flüchtlinge zu sorgen.

Deutschland ersuche, daß sofort eine neutrale Kommission eingesetzt werde, die Urheber der zerstörten Städte und des Elends festzustellen.

Schließlich sei zu beachten, daß in der Wilson-Note Luftangriffe nicht erwähnt werden, es sei zu vermuten, daß die Absicht bestehe, der Einstellung der Luftangriffe auf offene Städte zuzustimmen.

5. Was den Hinweis des Präsidenten auf seine Rede vom 4. Juli anbetreffe, so verweise man in der Antwortnote einfach auf die (noch bevorstehende) Kanzlerrede, in welcher die Einzelheiten über die Neuorientierung auseinandergesetzt seien.

gez. B u s s c h e

**Der Chef des Generalstabes des Feldheeres
Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler
Prinz Max von Baden**

Telefonat vom 20. Oktober 1918, 1 Uhr nachmittags
(Uebermittelt durch Oberst von Haeften)

Die Lage hat sich nicht geändert. Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Oesterreich-Ungarn wird bald folgen. Wir werden sehr bald in Europa allein dastehen. Die Westfront ist in größter Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. Durch Absetzen vom Feinde in Belgien und Zuführen des zugesagten Ersatzes könnte ein nachhaltiger Widerstand organisiert werden, der den Kampf an der Westfront in die Länge zieht und uns zwar nicht den ausgesprochenen Sieg beschert, wohl aber uns vor dem Äußersten bewahrt. Aber selbst wenn wir geschlagen würden, stünden wir nicht wesentlich schlechter da, als wenn wir jetzt schon alles annähmen.

Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen, und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern, oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen?

Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Boot-Krieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.

Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen.

Ich kann mir trotz der ungemein schweren Lage der Armee keinen anderen Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß das ganze Vaterland hinter sich haben wird.

Im einzelnen schlage ich noch folgende Aenderungen des mir übersandten Wortlauts vor:

1. Absatz 3 muß lauten: „Zerstörungen infolge von Kampfhandlungen werden immer notwendig sein und sind völkerrechtlich gestattet.“
2. Absatz 5 hinter den Worten „aufklären zu lassen,“ ist einzufügen: „Sie hat durch solche neutrale Kommissionen bereits Erhebungen veranlaßt, z. B. in Tournai, Valenciennes und anderen Orten. Die Feststellungen dieser Kommissionen haben die Unrichtigkeit der Anklagen wegen Verletzung des Völkerrechts ergeben.“

gez. Generalfeldmarschall von Hindenburg

Die dritte deutsche Note

Abgegangen: 21. Oktober, 12 Uhr 20 Min. vorm.

Die Deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sei und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die Deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderungen gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würden.

Die Deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückganges immer nötig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die Deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet habe.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der Deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes auf See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Empfinden den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die Deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger

Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918

gez. Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

**Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff
an den Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen
Amtes Obersten von Haeften**

Mitteilung durch Fernschreiber
Angekommen: 20. Oktober. 12 Uhr 35 nachm.

Großes Hauptquartier, den 20. Oktober 1918

Sehr dringend!

Um womöglich die Schwierigkeiten, die sich bei der Reichsleitung ergeben hatten, zu beheben, hatte ich mich bemüht, einen Zusatz bezüglich der U-Boote zu finden. Ich hatte Exzellenz von Hintze und General von Bartenwerffer gebeten, einen Vermittlungsvorschlag zu machen. Da Oberst von Haeften soeben meldet, daß die Note abgegangen ist, bleibt mir nur übrig, den mir vorgelegten Entwurf der beiden Offiziere zur Kenntnis zu bringen.

Hinter dem zweiten Absatz über die U-Boote wäre hinzuzufügen gewesen:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ersieht aus dieser Anweisung an die U-Boote, daß auch dieses von ihm angeführte Hindernis für eine Verständigung aus dem Wege geräumt ist. Der Präsident möge sich indessen darüber klar sein, daß mit Freilassung der Passagierschiffe, die doch erwiesenermaßen auch Kriegszwecken dienen, die deutsche Regierung im Interesse der Menschlichkeit und zur Verhütung weiteren Blutvergießens auf ein Kriegsmittel verzichtet hat, zu dessen Anwendung sie von England durch die völkerrechtswidrige und Tausende von unschuldigen Opfern — Frauen und Kinder — fordernde Sperre gezwungen worden ist. Das deutsche Volk kann in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Menge seiner Feinde unmöglich diesen Verzicht auf ein ihm durch den Feind aufgenötigtes Kriegsmittel aufrecht erhalten, wenn nicht alsbald durch Eintritt der allgemeinen Waffenruhe eine Art Ausgleich geschaffen wird. Die deutsche Regierung muß daher aus Gründen der Billigkeit und der Selbsterhaltung auf dieses Kriegsmittel wieder zurückgreifen, falls nicht binnen kurzer Frist eine Waffenruhe in Kraft tritt.“

gez. Ludendorff

Berlin, den 20. Oktober 1918

Herrn Staatssekretär des Aeußern

Dr. Solf, Exzellenz,

ergebenst vorgelegt.

gez. von Haeften, Oberst

20. Oktober 1918

Die Note ist bereits abgegangen. Der Zusatz wäre aber unmöglich gewesen.

Solf

Nr. 66

*Der Kaiserliche Gesandte in München von Treutler
an das Auswärtige Amt*

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr vorm. — Angekommen: 1 Uhr 55 Min. nachm.

München, den 20. Oktober 1918

Es erscheint mir Pflicht, dringend davor zu warnen, aus dem geschlossenen Ton fast der gesamten Presse Schlüsse auf die wahre Stimmung zu ziehen. Tatsächlich wünscht überwiegende Mehrheit nur Frieden.

Treutler

Nr. 66a*)

Nachrichtenstelle Berlinwest an Grosses Hauptquartier

Telegramm

Berlin, 22. Oktober 1918

Zuverlässiger Vertrauensmann erfährt aus Unterhaltung derzeitigen amerikanischen Geschäftsträgers in Kopenhagen über letzte Wilson-Note an Deutschland: Auffassung, daß Note Abdankung Hohenzollern verlange, ist falsch, gefordert wird lediglich wesentliche Einschränkung der Machtbefugnisse des Monarchen. Amerika bedauert selbst, durch Entente zu schärferen Forderungen gezwungen zu sein, Wilson stehe persönlich noch auf früherem Standpunkt. Amerika und England überzeugt, daß nur für Deutschland erträglicher Frieden Gewähr für Zukunft biete. Geschäftsträger glaubt nicht, daß Deutschland zum Frieden um jeden Preis gezwungen sei. Bei Verkürzung der Front vermutlich militärisch längere Zeit noch Verteidigungsmöglichkeit.

*) Neu aufgenommen.

Nr. 66 b*)

*Der Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes
Oberst von Haef ten an die Oberste Heeresleitung*

Telegramm
Abgegangen: 7 Uhr vorm.

Berlin, den 22. Oktober 1918

Nachstehend übersende ich den Wortlaut der von mir in der Sitzung des Kriegskabinetts am 21. d. M. abgegebenen Erklärung.

von Haef ten, Oberst

„Erklärung des Oberst von Haef ten in der Sitzung des Kriegskabinetts am 21. Oktober 1918.

1. Die Oberste Heeresleitung hält sich für keinen politischen Machtfaktor, sie trägt daher auch keine politische Verantwortung. Ihre politische Zustimmung zu der Note ist daher auch nicht erforderlich.

Wird in der Öffentlichkeit — sei es im Reichstage oder in der Presse — nach der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung gefragt, so kann von seiten der Regierung eine Erklärung in obenstehendem Sinne abgegeben werden.

2. Die Oberste Heeresleitung wird sich in der Angelegenheit gegenüber der Regierung durchaus loyal verhalten; sie wird alles vermeiden, was geeignet wäre, der Regierung Schwierigkeiten in der Vertretung der Note gegenüber der Öffentlichkeit zu machen.

3. Die von der Reichsleitung gewünschte Erklärung, daß die Oberste Heeresleitung zwar auf ihrem militärischen Standpunkte beharre, jedoch anerkenne, daß zur Erreichung des — politischen — Erfolges der Note die Konzession bezüglich der U-Boote nötig gewesen sei, kann die Oberste Heeresleitung nicht abgeben, da sie über kein Material verfügt, um sich über die — politische — Seite der Angelegenheit ein Urteil zu bilden, sie also nicht in der Lage ist, hierzu Stellung zu nehmen.

gez. von Haef ten, Oberst

Vorstehende Erklärung wurde dem General Ludendorff von mir am 21. Oktober, 12 Uhr 30 Minuten nachmittags, telephonisch übermittelt. Er erklärte sich mit ihr einverstanden.

gez. von Haef ten, Oberst“

*) Neu aufgenommen.